Nr. 56 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 8. März 1927

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 24605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Gesinnung.

Die jüngste Enthüllung über den Geist der Bürgerblock-Regierung: Der deutschnationale Eid ist kein Bekenntnis.

Die politische Moral der DNVP.

Westarp'ana.

Der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die sich bekanntlich in den gemeinsam mit dem Zentrum vereinbarten Regierungsrichtlinien auf den Boden der Republik und zum Schutz der Verfassung bereit gestellt hat, hielt vor ca. einer Woche in Frankfurt a. M. eine Rede, die auch in Paris infolge ihres monarchistischen und gegen die Völkerverständigung gerichteten Gehalts berechtigtes Aufsehen erregte. Die kräftigsten Stellen dieser Rede waren jedoch offiziell unterschlagen worden. Jetzt erfahren wir aus dem linksgerichteten Frankfurter Zentrumsorgan, der „Rhein-Mainischen Volkszeitung", daß Westarp u. a. auch folgendes von sich gegeben hat:

„Der Eintritt in die Regierung habe bei manchen Parteifreunden Widerspruch gefunden. Manche glaubten, damit habe die Partei ihre Grundsätze preisgegeben. Das sei aber nicht der Fall. Zur Beurteilung dürfe man nicht allein die Richtlinien heranziehen; ein vollständiges Bild ergebe sich erst, wenn man die Regierungserklärung und seine eigene Reichstagsrede (!) noch dazu halte. In seiner Rede habe er erklärt, daß das Zentrumsmanifest mit dem Bekenntnis zur Republik ja gar nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen sei. **Die Deutschnationale Partei habe weder ein Bekenntnis zur Republik abgelegt, noch ihre monarchische Ueberzeugung aufgegeben.** Sie hatte sich lediglich in der Vertretung monarchischer Ueberzeugung Schranken auferlegt. Aber dafür habe sie erreicht, daß zum ersten Male in einer Erklärung einer republikanischen Regierung der **Schutz der Symbole der Bergangenheit gefordert worden wäre.** Die Deutschnationalen hätten sich nicht verkauft. **Der Weg zur Wiederherstellung jener Staatsform, die allein dem deutschen Wesen gemäß sei, sei zwar noch weit und steil, aber man dürfe die Hoffnung nicht verlieren, und die Arbeit nicht aufgeben."**

Also der Führer der Partei, deren Minister einen Eid auf die Republik geleistet haben, erklärt, daß die Deutschnationalen gar kein Bekenntnis zur Republik abgelegt hätten. Kann man politische Unwahrhaftigkeit weitertreiben? Ist das deutsch, ist das national?

Wir danken für eine solche „Gesinnung". Wann wird sich das deutsche Volk bedanken?

67 Millionen Briefe an einem Tage.

Der Reichspostminister berichtet.

Sozialdemokratische Forderungen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab Reichspostminister Dr. Schätzel am Montag zu Beginn der Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums eine Darstellung der Verkehrs- und Wirtschaftslage der Deutschen Reichspost. Im Laufe des Jahres 1926 steigerte sich der Briefverkehr um über 17 Prozent. Im Januar 1927 sind an einem Jahrtage bei allen Postanstalten insgesamt 67,2 Millionen gewöhnliche Briefsendungen ein- und abgegangen. Die Zahl der aufgegebenen Pakete betrug im Januar 20,2 Millionen Stück gegen 16,8 Millionen im Januar 1926 und gegen 32 Millionen im Dezember 1926 (Weihnachtsverkehr). An Postanweisungen, Zahlkarten und Zahlungsanweisungen wurden insgesamt 32,4 Millionen Stück im März 1926 und 38,6 Millionen im Dezember 1926 bebeutet. Der Januar 1927 weist gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 13,5 Prozent auf.

Die Zahl der Postscheckkonten ist im Jahre 1926 von 4,2 Proz. auf 893 352 angewachsen. Der Umsatz hat rund 115 Milliarden Mark betragen. Er ist gegenüber 1925 in der Stückzahl der Buchungen um 11,1 Prozent, hinsichtlich des Betrages um 8,6 Prozent gestiegen. Rund 80 Prozent des Umsatzes wurden bargeldlos abgewickelt. Der Umsatz des Postüberweisungsverkehrs mit dem Ausland ist von 17 Millionen Mark auf 40 Millionen Mark oder um 136 Prozent angewachsen. Gegenwärtig betreibt die Reichspost mit rund 7000 Kraftfahrzeugen etwa 1500 Kraftfahrlinien mit einer Betriebslänge von rund 28 000 Kilometern, was eine Zunahme im Jahre 1926 um 16 bis 17 Prozent bedeutet. Insgesamt wurden 1926 39 Millionen Kilometer gefahren und 36 Millionen Personen befördert.

Im Jahre 1926 sind rund 197 000 Kilogramm Postsendungen einschließlich Zeitungen auf den deutschen Luftpostlinien befördert worden, was gegen 1925 einer Zunahme von 22,4 Prozent gleichkommt. Der Luftpostpaketverkehr hat um 105 Prozent zugenommen. Gegenwärtig wird der Versuch eines Winterluftpostverkehrs unter Benutzung von 20 Linien gemacht. Mitte April wird der Sommerverkehr auf etwa 80 Linien eröffnet werden. Von größter Wichtigkeit für den Postverkehr ist das Nachtflugwesen. Etwa 8 Prozent des gesamten Postverkehrs entfallen auf den Auslandsverkehr, rund 2 Prozent nach Deutschland und rund 5 Prozent ins Ausland. Die Zahl der Fernsprechstellen (Haupt- und Nebenanschlüsse) hat im letzten Jahre von 2,54 auf 2,64 Millionen, d. h. um 3,7 Prozent, die Zahl der Hauptanschlüsse allein von 1,56 Millionen auf 1,65 Millionen, d. h. um 5,4 Prozent zugenommen. Der Sprechverkehr ist nur um 0,14 Prozent auf rund 2,041 Milliarden Gespräche (Orts- und Ferngespräche) angewachsen. Die Fernsprechwertmarken zu 15 Pf. kommen durch Einführung der ermäßigten Gesprächsgebühr in Fortfall; künftig können 10-Pf.-Stücke benutzt werden. Im vergangenen Jahre wurden 221 Selbstanschlußämter für rund 143 000 Teilnehmeranschlüsse in Betrieb genommen. In Berlin und in 29 anderen deutschen Großstädten sind große Selbstanschlußämter (10 000er-System und größer) im Bau, die im Laufe des Rechnungsjahres 1927 in Betrieb genommen werden. 1927 soll die Umstellung von mindestens 200 kleinen und mittleren Ortsnetzen zum Selbstanschlußbetrieb erfolgen.

Das deutsche Fernkabelnetz wurde im Jahre 1926 von 5000 auf rund 6800 Kilometer mit insgesamt 68 Verstärkerämtern erweitert. Weitere rund 1100 Kilometer mit 11 Verstärkerämtern sind im Bau. Das deutsche Fernkabelnetz hat Anschluß in Oesterreich, Schweiz, Holland, Dänemark und Schweden; der Anschluß an Frankreich steht bevor. Im nächsten Jahr wird neben dem neuen Fernsprechseekabel nach Schweden voraussichtlich ein neues Fernsprechseekabel nach Ostpreußen hergestellt. Ein neues Fernamt in Berlin, dessen Inbetriebnahme für 1928 in Aussicht genommen ist, wird 4500 Fernleitungen aufnehmen können, d. h. etwa 4½mal soviel als das alte Fernamt. Der Fernsprech-Schnellverkehr zwischen nahe zusammenliegenden Orten wird weiter ausgebaut werden, zunächst in Oberschlesien (Hindenburg) und Mannheim.

Ungünstig ist das Wirtschaftsergebnis des Telegraphenbetriebs, der einen jährlichen Zuschuß von etwa 40 Millionen Reichsmark erfordert. Der Telegraph wird in Inlandverkehr mehr und mehr durch den Fernsprecher zurückgedrängt. Die Zahl der Brieftelegramme ist von 14 100 im März 1926 auf 22 500 im Januar 1927 angewachsen. Gut eingeführt haben sich die Glückwunschtelegramme auf künstlerischem Blatt; ihre Zahl beträgt monatlich 40 000 bis 50 000 Stück. Der Auslandtelegrammverkehr hat sich in beiden Richtungen um etwa 20 Prozent erhöht. Das neue Kabel nach Amerika gebietet eine Telegraphiergeschwindigkeit von 1500 Buchstaben in der Minute. Funkverbindungen bestehen zurzeit mit den Vereinigten Staaten, Argentinien, China, Japan, Niederländisch-Indien, Brasilien und Aegypten. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer betrug am 1. Februar 1927 rund 1¼ Millionen, d. h. 261 000 mehr als am 1. April 1926. Von 10 Rundfunkgesellschaften werden in Deutschland 22 Rundfunksender betrieben. Der Bau eines weiteren Senders soll in der Pfalz bei Kaiserslautern erfolgen.

Das Gesamtpersonal der Reichspost (Beamte, Hilfskräfte und Arbeiter — ausgenommen Telegraphenarbeiter) bezifferte sich am 31. März 1926 auf 261 600 Köpfe; diese Zahl wird voraussichtlich bis zum 31. März 1927 auf rund 261 300 Köpfe sinken. Die Zahl der Hilfskräfte ist von rund 28 350 am 31. März 1926 auf rund 26 400 Ende Dezember 1926 zurückgegangen und wird voraussichtlich Ende März 1927 noch 26 600 betragen. Der Personalstand im Reichspostministerium beträgt 556 planmäßige Beamte. Zur Deckung von 121 Millionen Anlageausgaben soll eine Anleihe von 300 Millionen Reichsmark aufgenommen werden. Die Einnahmen für 1926 belaufen sich auf rund 1735 Millionen Reichsmark. Zur Linderung der Arbeitslosigkeit hat die Reichspost 1926 ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 320 Millionen Mark durchgeführt, das etwa zur Hälfte aus Anleihemitteln bestritten wurde. Dieselben Beträge sollen für das Programm des Jahres 1927 bereitgestellt werden.

Im Verlauf der Aussprache begründete Abg. Steinkopf (Soz.) eine Entschließung, die eine Fernsprechgebührenermäßigung von 10 auf 8 Pf. verlangt, und eine, die die grundsätzliche Wiedereinführung des Achtstundentags für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs fordert. Die Arbeiter und Handwerker der Telegraphenzeugämter müßten ebenso wie die anderen Telegraphenarbeiter in das Beamtenverhältnis übergeführt werden. Beide Entschließungen wurden angenommen. Schließlich wurde der gesamte Haushalt der Reichspost und der Reichsdruckerei genehmigt.

Genf und die Ostfragen.

SPD. Berlin, 8. März.

Als vor etwa zwei Jahren der damalige polnische Außenminister Skrzynski beinußt und mit Erfolg an die Stelle der ablehnenden Haltung Polens gegen den Völkerbund die Parole der aktiven Mitarbeit Polens am Völkerbund setzte, war einer seiner Beweggründe hierfür, Polen aus der Rolle des „ständigen Klienten" des Völkerbundes herauszubringen. Die polnische minderheitenfeindliche Innenpolitik hatte nämlich zahlreiche Beschwerden an den Völkerbund als den Hüter des polnischen Minderheitenvertrags zur Folge gehabt, und Polen hatte bei diesen Beschwerden oft eine recht wenig günstige Rolle gespielt. Skrzynski, einer der wenigen polnischen Außenminister westeuropäischen Formats, verstand, daß das für sein Ziel einer Einfügung Polens in die europäische Politik ein Hindernis war.

Teilweise hat Skrzynski mit seiner Völkerbundspolitik Erfolg gehabt. Heute sitzt Polen im Rat, und noch dazu in der gehobenen Stellung eines halbständigen Mitglieds. Aber in der minderheitenfeindlichen Haltung der polnischen Behörden ist keine Aenderung eingetreten, und so hat der Völkerbundsrat sich nach wie vor mit polnischen Fragen viel zu befassen; auch der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat meist mit polnischen Angelegenheiten zu tun. Sind die Informationen aus Genf richtig, dann wird ihn neben der Angelegenheit des Chorzower Stickstoffwerks bald wieder ein neuer Konfliktsfall zwischen Deutschland und Polen beschäftigen, der neben anderen Problemen auch auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Ratstagung steht. Es handelt sich hier um den oberschlesischen Schulstreit. Die Vorgeschichte dieses Konflikts haben wir bereits früher hinreichend beleuchtet. Sachlich ist dazu noch zu sagen, daß der polnische Standpunkt, in dieser Frage mit dem Vertrag nicht zu vereinbaren ist. Es entspricht durchaus dem Geiste des Abkommens über Oberschlesien, daß in dem Grenzlande mit seiner Mischbevölkerung jeder die Freiheit haben sollte, sich für die deutsche oder die polnische Kultur zu entscheiden, und wenn ein so starker Teil der Bevölkerung wie in Polnisch-Oberschlesien sich allen Schwierigkeiten zum Trotz für die deutsche Kultur entschließt, so sollte man vom Standpunkt einer neuzeitlichen Minderheitenpolitik aus eine solche Entscheidung nur respektieren. Polen aber hat bisher das Gegenteil getan.

Aber noch wesentlicher als die Lösung dieses Schulstreits ist eine Beendigung des nunmehr schon wieder mehrere Wochen andauernden Handelskriegs zwischen Deutschland und Polen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, an deren Lösung beide Seiten gleichzeitig interessiert sind, und schon deshalb muß gefordert werden, daß die in Genf weilenden Außenminister der beiden betroffenen Länder die Gelegenheit benutzen, um gemeinsam nach einer Verständigung zu suchen. Bisher hat die polnische Regierung sich dem deutschen Wunsche, die Ausweisungsfrage als den Stein des Anstoßes vorweg zu behandeln, zwar ziemlich ablehnend gegenübergestellt. Die letzten Verhandlungen des deutschen Gesandten Rauscher in Warschau scheinen aber die Möglichkeit zu eröffnen, daß, wenn auch die Ausweisungsfrage nicht allein, so doch ein Kompler von Niederlassungsfragen, der das Ausweisungsproblem einschließen würde, zunächst mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg zur Diskussion gestellt werden kann. Jedenfalls sind wir der Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung bestrebt ist, die Verhandlungen möglichst umgehend wieder aufzunehmen und eine Verständigung durchaus möglich erscheint, wenn auch der polnische Außenminister praktisch im Sinne der Verständigungsbereitschaft vorgehen würde. In seinem Wiener Interview hat er sich sehr stark für diese Verständigung ausgesprochen. Das erkennen wir gern an, aber leider war es bisher so, daß die Worte der polnischen Regierung nur selten mit ihren Taten in Einklang zu bringen waren. Genf dürfte in dieser Hinsicht eine neue Probe für die Ehrlichkeit der polnischen Politik bedeuten.

Von ganz besonderem Interesse ist schließlich die Auswirkung des gerade in letzter Zeit hervorgetretenen scharfen Gegensatzes zwischen England und Rußland auf den Gang der internen Genfer Verhandlungen. Man darf wohl annehmen, daß eine direkte Aktion von beiden Seiten nach dem als abgeschlossen zu betrachtenden Notenwechsel keineswegs mehr in Frage kommt. Die gerade in den letzten Tagen wieder viel berührte Frage aber ist, ob indirekte Aktionen erfolgen, und zwar insbesondere von England aus gegenüber Polen, den Randstaaten und vor allem gegenüber Deutschland. Schon seit vielen Monaten versucht England zwischen Polen und Litauen infolge der russischen Politik eine Annäherung herbeizuführen; auch ist seit Jahresfrist eine starke englisch-polnische Annäherung zu verzeichnen. Die Behauptungen über englisch-polnische Verabredungen militärischer Natur sind dagegen von englischer wie von polnischer Seite bisher immer bestritten worden. Es ist auch notorisch unwahr, daß England versucht oder in Berlin auch nur sondiert hat, Deutschland auf die antirussische Seite zu ziehen. Abgesehen davon aber ist die deutsche Haltung in dem englisch-russischen Konflikt so selbstverständlich und klar, daß derartige Versuche völlig aussichtslos sein müßten.

Aber schon die Diskussion dieser Frage zeigt, wie unerwünscht der englisch-russische Konflikt für Deutschland und wie stark das deutsche Interesse an einer englisch-russischen Entspannung ist. Unterhalten wird man sich über diee Fragen in Genf bestimmt, und es ist anzunehmen, daß in der am Sonntag erfolgten Unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0001

haltung zwischen Chamberlain und Stresemann bereits die englisch-russischen Gegensätze im Zusammenhang mit anderen Angelegenheiten im Vordergrund gestanden haben. Stresemann dürfte dabei die Gelegenheit benutzt haben, den in der deutschen Presse wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt nochmals darzulegen. Wir vermögen weder für die eine noch die andere Seite zu optieren. Immerhin aber sollte die unerfreuliche Entwicklung in Osteuropa für alle Beteiligten und nicht zuletzt auch für England eine Mahnung sein, die naheliegenden Möglichkeiten der weiteren Befriedung Europas mehr als in letzter Zeit zu nutzen und in erster Linie die deutsch-französische Annäherung weiter zu fördern. (Was angesichts der gegenwärtigen deutschen Reichsregierung allerdings ein Kunststück sein dürfte. D. Red.)

Danzig in Genf.

Erledigung von Ostfragen. / Pariser Meinungen zur Rheinlandräumung.

Genf, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die erste Sitzung des Völkerbundsrats unter deutschem Vorsitz wurde am Montagvormittag 11¾ Uhr von dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann in deutscher Sprache eröffnet. In der einstündigen Sitzung wurden weniger wichtige Angelegenheiten erledigt. Es wurde u. a. die Uebernahme der Kosten des Danziger Völkerbundskommissariats an den Völkerbund entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission abgelehnt. Debattelos nahm der Rat dann den Bericht des chilenischen Delegierten über die Lagerung und den Transport von polnischem Kriegsmaterial in Danzig entgegen. Der Völkerbundskommisser erhält nach diesem Bericht die Vollmacht, provisorisch solche Transporte zu genehmigen, bis der Rat im Besitz des Gutachtens seiner Militärkontrollkommission eine grundsätzliche Entscheidung gefällt hat. Anschließend lehnte der Rat das von der Mandatskommission geforderte Recht zur Anhörung der Petitionäre aus den Mandatsgebieten grundsätzlich ab.

Berlin, 8. März. (Radiomeldung.)

Auf der heutigen Tagesordnung der Ratssitzung in Genf steht u. a. die Frage der deutschen Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien.

Die für Montag nachmittag angekündigte zweite Aussprache zwischen Chamberlain und Stresemann fand infolge der ausgedehnten Nachmittagssitzung des Rates nicht statt.

Paris, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Man hatte hier die Befürchtung, daß die Frage der Rheinlandbesetzung in Genf von Stresemann offiziell aufgerollt werden könnte. Die Nachricht, daß das nicht der Fall sein wird, hat hier deshalb um so mehr befriedigt, als man überzeugt blieb, daß eine praktische Lösung dieser Frage in Genf bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht erzielt werden könnte. Aber, daß die Frage hinter den Kulissen eine Hauptrolle spielen wird, hat hier nicht sonderlich überrascht. Es ist unverkennbar, daß in den letzten Tagen, speziell seit Beginn der Genfer Tagung, eine Schwenkung der öffentlichen Meinung bis weit in die Rechtskreise hinein zustage getreten ist. Die Mehrzahl der Blätter ist allerdings noch weit davon entfernt, eine Räumung der Rheinlande auf absehbare Zeit ins Auge zu fassen, sie gibt aber doch zu, daß Stresemann starke Trümpfe in der Hand habe, um Briand von der Rheinlandräumung aus Gründen politischer Klugheit zu überzeugen und man weiß auch, daß in dieser Frage ganz Deutschland hinter Stresemann steht.

Die ungelöste Rheinlandfrage wird, wie „Paris Midi" offen schreibt, in den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen und auch in der Handelspolitik zwischen beiden Völkern ihren Ausdruck finden. Im letzteren Punkte in dem Maße, daß Stresemann unweigerlich in die Arme Rußlands und Italiens getrieben würde, wenn seine Annäherungspolitik mit Frankreich an der Frage der Rheinlandräumung scheitern sollte. Aehnliche Gedankengänge finden sich in anderen Blättern und beweisen, daß die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung die französische öffentliche Meinung erniter zu beschäftigen beginnt. Es bleiben aber von da bis zur praktischen Lösung der Frage noch ernstliche Schwierigkeiten, vor allem bei den nationalistischen Parteien im Parlament zu überwinden, ganz abgesehen von den politischen Widerständen, die durch Poincaré und Marin verkörpert werden.

Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Waentig, der seit mehreren Jahren ständiges Mitglied des Beirates der Preußischen Staatsbank ist, wurde vor einigen Tagen zum ständigen Mitglied des Ausschusses der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse vom Finanzminister ernannt.

Leninismus.

Agitation, Entlarvung, Abgrenzung gegen die Sozialdemokratie und Sowjetgranaten-Politik.

Der kommunistische Parteitag ist zu Ende. Nach den Reden der Mitglieder der Zentrale auf diesem Parteitag zu schließen, wäre die Opposition endgültig totgeschlagen und die Kommunistische Partei endgültig fest auf die ganz echt leninistische Linie eingeschworen. Das war sie bekanntlich immer, nur sah die echt leninistische Linie heute so aus und morgen wieder anders. Für die inneren Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei wird deshalb auch das Ergebnis des 11. Parteitages der KPD. so sein, als wäre er nicht gewesen — höchstens daß die Erbitterung des Kampfes zwischen Opposition und Zentrale noch zunehmen wird.

Die praktisch politische Frage ist die: Was bedeutet dieser Parteitag für die künftige Politik der deutschen Kommunistischen Partei? Die Antwort heißt: Sie wird keine Politik treiben, sie wird agitieren, sie wird entlarven und im übrigen abwarten, was von Rußland von ihr verlangt wird. Das ist eben die echt leninistische Linie einer kommunistischen Partei in einem außerrussischen Lande, jene Linie, die alle die Kommunisten, die nicht willfährige Geschöpfe sind und abwarten können, sondern sich einbilden, daß sie selbst politisch denken müßten, zur Verzweiflung, zur Opposition, zur Rebellion treibt.

Um zu verdecken, daß die Kommunistische Partei ihren Anhängern und den deutschen Arbeitern nichts zu sagen hat, hat man auf diesem Parteitag viel Krakeel gegen die Opposition gemacht. Das Maß der Bannflüche gegen Maslow, Ruth Fischer, Bartels, Scholem und wie sie alle heißen stand in umgekehrter Proportion zur Zahl der anwesenden wenigen Oppositionsvertreter. Die Beschuldigungen: Agenten der Bourgeoisie, Agenten Chamberlains, schwirrten in der Luft. Das innerrussische Problem, die große Frage der Divergenz, die sich zwischen der praktisch bolschewistischen Politik in Rußland und der bolschewistischen Ideologie aufgetan hat, hat man vorsichtigerweise nicht erörtert. Den vorsichtig ausgewählten Delegierten hat man keinerlei Erklärung über die Affäre der Sowjetgranaten gegeben. Um so mehr hat man ihnen von China erzählt und von dem kommenden großen imperialistischen Krieg gegen Sowjetrußland. Aber schließlich war es ja auch gleichgültig, was man ihnen erzählt hat. Wie sagte Ruth Fischer einst? Man könne ihnen die Parole: Regierung des Mondes vorsetzen, und sie würden sie gläubig hinnehmen.

Es bleibt immer die Frage: Wohin geht der Weg der KPD.? Sicher ist: er geht weg von der Weltrevolution. Er geht weg vom Putschismus. Der logische Schluß wäre: Er nähert sich dem Kurs der Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen Sozialdemokratie. Aber das tut er gerade nicht. Denn die oberste Forderung, die an die deutsche Kommunistische Partei von Moskau her gestellt wird, heißt: „Abgrenzung gegen die Sozialdemokratie um jeden Preis"; denn wo bliebe sonst die Existenzberechtigung einer kommunistischen Partei, die im Interesse der russischen Außenpolitik in Deutschland bestehen bleiben soll. Die Folge ist jene verlogene, zweideutige, im tiefsten Grunde arbeiterfeindliche Politik der Kommunistischen Partei, deren Ergebnis und Wesen wir eben erst wieder am Mecklenburger Beispiel erlebt haben. Es bleibt bei dieser Verlogenheit, bis die kommunistischen Arbeiter eines Tages den Schwindel satt haben werden.

Preußischer Forstmeister.

Was sagt der Landwirtschaftsminister dazu?

Der völkische Abgeordnete des Preußischen Landtags Gieseler hatte gegen den preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer im vergangenen Jahre eine ganze Reihe von unwahren Behauptungen persönlicher Art aufgestellt. Diese Behauptungen wurden gleichzeitig im „Deutschvölkischen Tageblatt" veröffentlicht, gegen das Hirtsiefer dann Klage anstrengte. Vor Gericht wurden die Anschuldigungen als unwahr erwiesen; daraufhin sah sich Gieseler ebenfalls veranlaßt, seine Behauptungen von der Tribüne des Landtags herab als unwahr zurückzunehmen.

Die „Osteroder Zeitung" in Ostpreußen gab ihren Lesern von diesen Vorgängen wahrheitsgetreu Kenntnis. Gieseler, der aus dem Kreise Osterode stammt, brachte es daraufhin fertig, dem Blatt trotz seiner wahrheitsgetreuen Mitteilung eine „Berichtigung" zu übermitteln. Die Zeitung gab diese Berichtigung wieder, zitierte aber gleichzeitig die betreffenden Stellen des amtlichen Landtagsstenogramms und überführte den völkischen Ehrenmann damit vor seiner eigenen Wählerschaft als einen infamen Lügner.

Das war dem „völkischen" Forstmeister Gieseler noch peinlicher als die Wiedergabe seines Widerrufs im Preußischen Landtag. Was tat er? Er forderte kurzerhand den Schriftleiter des genannten Blattes zu einem Pistolenduell auf. Als diese Forderung aus prinzipiellen und persönlichen Gründen abgelehnt wurde, brüstete sich Gieseler nach der „Osteroder Zeitung" in vorligen Gesellschaftskreisen damit, daß er den Redakteur des genannten Blattes nunmehr verprügeln werde. Daraufhin kündigte die „Osteroder Zeitung" ihm einen „recht warmen Empfang" an.

Der Vorfall ist für die Einstellung des völkischen Abgeordneten und Forstmeisters Gieseler kennzeichnend. Erst verleumdet er unter dem Schutz der Immunität, dann nimmt er von der gleichen Tribüne des Landtags herab die frechen Behauptungen zurück, und fern von Berlin bringt er es schließlich wieder fertig, seinen eigenen Widerruf zu widerrufen. Ein Lump ist gar nichts dagegen. Wie lange aber gedenkt die preußische Staatsregierung einen solchen Verleumder noch in Amt und Würden zu halten?

Bauernbund gegen Reichslandbund.

Die Silberlinge der Herren Großagrarier.

Berlin, 8. März. (Radiomeldung.)

Der Vorstand und der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Bauernbundes haben am Montag eine Entschließung gefaßt, die sich gegen die vom Reichslandbund finanzierten Quertreibereien wendet. In der Entschließung heißt es u. a.:

„Vorstand und geschäftsführender Ausschuß des Deutschen Bauernbundes nehmen in tiefster Entrüstung Kenntnis von dem heimlichen Versuch ihres bisherigen Vorstandsmitgliedes Hackbarth, die Organisation des Deutschen Bauernbundes an den Reichslandbund zu verraten. Vorstand und Ausschuß stellen fest, daß Hackbarth hinter dem Rücken der Geschäftsleitung und der Gesamtorganisation unter Auffstellung bewußt unwahrer politischer und organisatorischer Behauptungen hierfür Anhänger zu werben gesucht hat und daß er vorher zu diesem Zweck einen Teil der Beamten unter der Androhung, daß sie Gefahr laufen, beim Bauernbund existenzlos zu werden, und dem Versprechen finanzieller Vorteile für später von seiten des Landbundes zu diesem Verrat verführt hat. Vorstand und geschäftsführender Ausschuß stellen diese auf tiefster Stufe stehende Handlungsweise eines Mannes, dem in der Organisation eine besondere Vertrauensstellung anvertraut war, öffentlich an den Pranger und haben darauf mit dem sofortigen Ausschluß desselben aus der Organisation geantwortet. Sie stellen aber auch an den Pranger die Handlungsweise und die Gesinnung derjenigen Hintermänner, die sich mit diesem Verräter eingelassen haben, und die es mit ihrer Ehre glaubten vereinbaren zu können, sich an einer solchen Handlungsweise zu beteiligen.

Vorstand und geschäftsführender Ausschuß erklären, daß der Deutsche Bauernbund nicht daran denkt und nicht daran gedacht hat, die Linien seiner bisherigen Politik zu verlassen und sich der Führerschaft des Landbundes unterzuordnen.

Die gesamte deutsche Bauernschaft fordern wir auf, solche Verräterei abzulehnen und den Verrätern selbst deutlich die Tür zu weisen. Die deutschen Bauern mögen aus diesen Vorgängen erkennen, mit welch skrupellosen Mitteln ihre Gegner arbeiten, um eine selbstbewußte und selbständige Bauernpolitik zu verhindern."

Das „Berliner Tageblatt" weiß dazu zu melden, daß der Reichslandbund im Laufe der letzten Wochen durch große Geldangebote den Versuch gemacht hat, führende Mitglieder und Beamte des Bauernbundes ihrer bisherigen Organisation abspenstig zu machen. Hackbarth, der übrigens in der Rechtspresse heute einen Aufruf gegen die im Deutschen Bauernbund vorherrschende Tendenz erlässt, wurde ein Sitz im Direktorium des Landbundes mit einem Jahreseinkommen von 15 000 bis 18 000 Mk. versprochen. Nach seiner Angabe wurde im ganzen eine Summe von 150 000 Mk. für solche Zwecke zur Verfügung gestellt. Eine angebliche Sonderausgabe der Bundeszeitung „Deutscher Bauernbund" sollte die Mitglieder des Bauernbundes zum Abfall bewegen. Indessen hat man außer Herrn Hackbarth nur noch einen Kreisvorsitzenden gewonnen. Die Rechtspresse behauptet trotzdem, daß das Machwerk von Hackbarth insbesondere die Zustimmung der Kreisvorsitzenden aus den Kerngebieten gefunden hat. Dabei ist es nur einer.

Was Australien für die Kunst übrig hat

Man spricht in Australien gern und viel von heimischer Kunst und Poesie, vielleicht deshalb, weil die Australier, die für wissenschaftliche Fragen nicht allzu viel übrig haben, dafür einen um so lebhafteren Anteil an allen künstlerischen Darbietungen, vor allem an Theater und Musik nehmen. „In den großen australischen Städten," so schreibt Cyvolt der Weltreisende der „Stampa", in seinem letzten Reisebrief aus Sidney, „sind die Theater zahlreich vertreten. Man gibt nur selten Opern, weil es an Sängern fehlt; meistens beschränkt man sich auf die Operette; vor allem aber stehen historische Lustspiele und besonders die schrecklichen Melodramen in Gunst, die in der Hauptsache von der sorgsamen Inszenierung und dem Glanz der Ausstattung leben. Im übrigen beherrscht die Musik das Unterhaltungsprogramm der australischen Gesellschaft. Die Statistik belehrt uns, daß im Jahre 1925 nicht weniger als rund 20 000 Klaviere, unter denen die mechanischen Instrumente überwiegen, in Australien eingeführt worden sind. Man müßte annehmen, daß ein Volk, das über eine so unwahrscheinliche Zahl von Instrumenten verfügt, über das gewöhnte Maß hinaus musikalische Anlagen haben müsse. Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß Australien bisher noch keinen großen Komponisten hervorgebracht hat. So drängt sich ganz unwillkürlich die Vermutung auf, daß die Musik in der Gesellschaft die Rolle des Lückenbüßers spielt, der die Leute der Mühe der Unterhaltung überhebt. Der Wahrheit gemäß muß ich allerdings hinzufügen, daß es in Australien nicht schwer ist, vorzügliche Musik zu hören. In der Hauptsache handelt es sich dabei um ausländische Künstler, aber es gibt auch Ausnahmen, wie die Melba beweist, die in Melbourne geboren ist und ihren Künstlernamen der Geburtsstadt entlehnt hat. Der Geschmack für die stumme Kunst ist zwar in Australien weniger verbreitet als der für die Musik, gleichwohl besteht fast in jeder größeren Stadt eine Vereinigung von Malern und Bildhauern, die alljährlich Kunstausstellungen veranstalten. Ich hatte Gelegenheit, in Sidney eine solche zu besuchen, die als die 47. der „Royal Arts Society" von Neu-Süd-Wales angekündigt war. Die Gesellschaft zählt etwa 300 Mitglieder, von denen sich aber nur neun des Vorzugs erfreuen, ohne Prüfung durch die Jury ausstellen zu dürfen. Die Royal Art Society hat auch eine gutbesuchte Kunstschule gegründet, die von dem italienischen Maler Dattilo Rubbo, der seit 30 Jahren in Australien lebt, geleitet wird. Das Ergebnis dieser Ausstellungen an künstlerischen Taten ist nicht gerade bedeutend. Ueberall herrscht die Sorge vor, originell zu erscheinen, und die Sucht, durch sentimentale Stimmung zu wirken. Hier und da habe ich aber doch ein Landschaftsbild gesehen, das den herben melancholischen Charakter der australischen Landschaft stimmungsvoll wiedergibt, auch einige Porträts sind mir aufgefallen, die geschickt gemalt sind, wobei allerdings die Aehnlichkeit eine größere Rolle spielt als der künstlerische Gehalt. Auffallen muß das Fehlen der religiösen Malerei, das besonders in einem Land betrembet, wo die Freidenker selten sind, und in dem sich ein Viertel der Bevölkerung zur katholischen Kirche bekennt. Ueber die Literatur und Poesie Australiens ist wenig zu sagen. Das Reisegepäck der Schriftsteller ist äußerst gering, wenn auch die australischen Blätter das Gegenteil vorzutäuschen suchen. In den Hausbibliotheken fand ich nur englische Werke. Der Ruf der australischen Autoren ist über die Heimat nicht hinausgedrungen, und keiner von ihnen hat ein Werk hervorgebracht, das man als erstklassig bezeichnen dürfte. In Wahrheit hat denn auch das künstlerische und literarische Element nur geringen Einfluß auf das australische Gesellschaftsleben ausgeübt."

„Ein Frühlingsmysterium", dramatisches Chorwerk von Bruno Schoenlank (Buchausgabe im Volksbühnen-Verlag, Berlin NW. 40; Preis 1.20 Mk.) erlebte mit der Musik von Heinz Tießen seine Uraufführung in der Berliner Volksbühne. Schoenlank schildert in fünf packenden, mit hoher Symbolkraft erfüllten Bildern den harten, endlich siegreichen Kampf des Frühlings gegen die Fabrikrauch und das Elendsdasein der proletarischen Massen unserer Zeit. Das Massenerleben kommt in Sprechchören von bald wuchtig gehämmerter, bald sehnsuchtsvoll weicher Rhythmik zu ergreifendem Ausdruck. Einzelsprecher, die typische Figuren, wie den Frühling, den Fabrikwächter, den Tod usw., verkörpern, geben dem Bühnengeschehen den nötigen Anstoß. Wir haben in diesem Werke den Versuch zu einer neuen, dem Erleben unserer Zeit entsprechenden dramatischen Massenkunst, zur typischen Gestaltung des Massenschicksals vor uns, einen Versuch, der zwar in seiner dramatischen Komposition und seinem sprachlichen Ausdruck noch einige Unvollkommenheiten aufweist, in einzelnen dramatischen Höhepunkten jedoch den Weg zum kommenden Sprechchordrama eindrucksvoll erkennen läßt. Der Komponist hat eine charakteristische musikalische Illustration beigesteuert, die nur manchmal zu überwiegen droht und dadurch den Fluß des Geschehens allzusehr aufhält. Die darstellerisch sehr wirksame Aufführung, bei der bedeutende Berliner Bühnenkünstler mitwirkten, brachte dem jungen sozialistischen Dichter einen starken Erfolg.

VII. Städtisches Symphoniekonzert.

Waltershausen-Abend.

Gesang: Hedwig Franke (Dresden). — Cembalo: Li Stadelmann (München). — Gastdirigent: v. Waltershausen (München).

Der Name des Komponisten v. Waltershausen drang zuerst mit seiner Oper „Oberst Chabert" in breitere Volksschichten. Sie zeigte das Element der süddeutschen Schule von Thuille mit feinen musikalischen Impressionen. Darüber sind Jahre vergangen, und der Komponist gehört heute zu den bayerischen Führern der Neuromantik. Seine Arbeiten tragen in Form und Themen musikalisches Vollblut, stark persönliche Note. Seine Farbenpalette blendet, seine kühne Verwebung der Motive hat hinreißenden Schwung. Sein musikalisches Credo bringt er mit einer schwerblütigen Gedankenkunst und einem rücksichtslos nach außen drängenden Fresko. Nicht alles ist poetisch gefärbt, aber warmblütig gegeben. Eine gewisse Ueberschätzung, die in seiner Heimat für seine Werke grassiert, wird diesen vornehmen, scharf ausgeprägten Musiker hoffentlich nicht an restloser Weiterarbeit hindern.

Die Ausführung des Programms brachte eine Krippenmusik mit Kammerorchester und Cembalo, verschiedene Gesänge mit Orchester, die große Symphonie „Hero und Leander", weltgeistige Lieder aus verschiedenen Sphären, aus dem 30jährigen Krieg und aus dem Wiener Prater, durchweg feine Skizzen. Nur bei dem Wiener-Prater-Lied hatte der Komponist Wien mit Budapest verwechselt. Es klang nach echter Csardas-Farbe und Zigeuner-Rhythmus, keine Spur von der schmelzenden Walzer- und Wiener Wald-Stimmung. Die Orchesterbegleitung brachte eine oft gewaltig aufgetürmte Reihe von Motiven.

Die Symphonie „Hero und Leander" hat bewiesen, daß auch Waltershausen sich der atonalen Richtung mit Haut und Haaren verschrieben hat. Vergebens versuchte ich die halbe Stunde eine musikalische Fiskel zu finden, die Hero und Leander nur irgendwie musikalisch illustriert! Vergebens! Nochmals behaupte ich, wenn das Gefüge Musik ist, dann sind Kieselsteine Diamanten.

Die Kammersängerin Hedwig Franke sang sämtliche Lieder mit schöner Stimme und viel Intelligenz.

Li Stadelmann spielte das Cembalo ganz vorzüglich, das Instrument aber entäuschte sehr.

Das Orchester spielte die enorm schweren, undankbaren Aufgaben mit voller Hingabe.

Der Abend war sehr uninteressant. S. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0002

Die militärische Lage in und um Schanghai.

Generalstreik zur Unterstützung der Kantonarmee?

London, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Meldungen über die militärische Lage in Schanghai bleiben widerspruchsvoll. Einige Nachrichtenbureaus melden nach wie vor die bereits erfolgte Einnahme von Sutschau durch die Kantonarmee. Das würde heißen, daß Tschang-Tschung-Tschang von der Eisenbahnverbindung mit Schanghai bereits abgeschnitten ist. Er würde in diesem Falle nach der übereinstimmenden Meinung der militärischen Sachverständigen in London vom Schicksal der Russen in der Schlacht von Tannenberg unmittelbar bedroht sein. Von anderer Seite wird diese Meldung wieder als ein Trick der Kuomintang-Propaganda bezeichnet, der nur zum Zwecke der Verteidigung der Eisenbahnlinie Schanghai-Nanking von Tschang gemeldet werde. Sämtliche aus Schanghai hier vorliegende Meldungen geben aber die wachsende Nervosität der europäischen Kolonie dortselbst wieder und machen einen stark gefärbten Eindruck. So meldet die britische halbamtliche Korrespondenz, daß die Gewerkschaftsleitung in Schanghai an einer Aktion arbeite, durch die Schanghai schon vor der Einnahme der Stadt durch die Kantonarmee für die Kantonregierung gewonnen werden solle. Diese Aktion soll in Form eines Generalstreiks erfolgen. Gegenwärtig würde von den Gewerkschaften u. a. auch für den Ankauf von Waffen gesammelt. Die Gewerkschaftsleitung Schanghais habe an alle ihr angeschlossenen Verbände bereits die Weisung ergehen lassen, sich für diese Aktion bereit zu halten. Das Signal hierfür würde von den Gewerkschaften gegeben werden, sobald zuverlässige Nachrichten über einen entscheidenden militärischen Sieg der Kontonarmee in Sutschau vorliegen.

Ferner wird aus Schanghai gemeldet, daß die Uneinigkeit zwischen dem bolschewistenfreundlichen Flügel der Nationalistenpartei und den militärischen Führern der Kontonarmee, insbesondere Schiangkaischeck bereits zu einem endgültigen Bruch geführt habe. Schiangkaischeck soll in Nantang eine Rede gehalten haben, in welcher er betont, daß die Wirtschaftsordnung des Kommunismus nicht für alle Länder brauchbar sei, der Kommunismus würde den Zusammenbruch Chinas und eine Verewigung des Bürgerkriegs bedeuten.

Das in Hongkong gegenwärtig stationierte britische Goldstream-Regiment ist am Montag nach Schanghai abgegangen, um das dort stehende Suffolk-Regiment, das nach Hongkong zurückkehren soll, abzulösen.

Bürgerblock-Versuch in Mecklenburg.

Berlin, 8. März. (Radiomeldung.)

Die Volkspartei in Mecklenburg hat sich in den letzten Tagen mit der dort bestehenden Regierungskrise befaßt und folgende Entschließung angenommen:

„Die Prüfung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage läßt die Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung auf möglichst breiter Grundlage geboten erscheinen. Nach parlamentarischem Brauch ist es Pflicht der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei als der größten bürgerlichen Fraktion des Landtages, Verhandlungen über die Bildung einer solchen Regierung einzuleiten."

Der Sinn dieser Entschließung ist die Bildung eines Bürgerblocks auch in Mecklenburg-Schwerin. Inzwischen haben die Demokraten bereits verlautbaren lassen, daß sie sich an einer solchen Regierung nicht beteiligen. Sozialdemokraten und Demokraten werden jedenfalls bei der morgen stattfindenden Neuwahl des Ministeriums die bisherigen Minister präsentieren.

•

Die mecklenburgischen Kommunisten können nun zeigen, ob sie weiter als Bürgerblockbüttel fungieren wollen.

Völkisches Elend.

Wer wollte einst nicht Deutschland vor dem „Sklavenjoch" erretten? Es waren die Völkischen! Jetzt retten sie sich vor sich selbst. Da schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung":

„Innerhalb der bisherigen „Völkischen Arbeitsgemeinschaft" ist durch den Austritt des nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser eine entscheidende Aenderung eingetreten. Da zu einer Fraktion 15 Mitglieder nötig sind, hat die bisherige Arbeitsgemeinschaft nun aufgehört, Fraktion zu sein, muß ihre Vertreter aus den Ausschüssen zurückziehen und hat jede parlamentarische Wirksamkeit verloren. Die bisherige völkische Fraktion gliedert sich nunmehr in folgende Gruppen, von denen allerdings immer noch nicht geklärt ist, ob das endgültig ist. Zur Deutschvölkischen Freiheitsbewegung gehören die Abgg. v. Graefe, Henning, v. Ramin, Weidenhöfer und Schröder. Zur NSDAP. die Abgg. Feder, Dr. Frick, Strasser, Dietrich, Graf Reventlow und Stöhr. Zu keiner der beiden Gruppen: die Abgg. Ludendorff, Dr. Best, Seiffert und Kube. Letzterer soll sich der Deutschsoz. Partei (Kunze) angeschlossen haben. Inzwischen ist noch bekanntgeworden, daß die Abgg. Dr. Best und Seiffert sich der „Volksrechtspartei" (Aufwertungsverbände) angeschlossen haben. Die „Völkische Arbeitsgemeinschaft" ist also in fünf verschiedene Gruppen zerfallen."

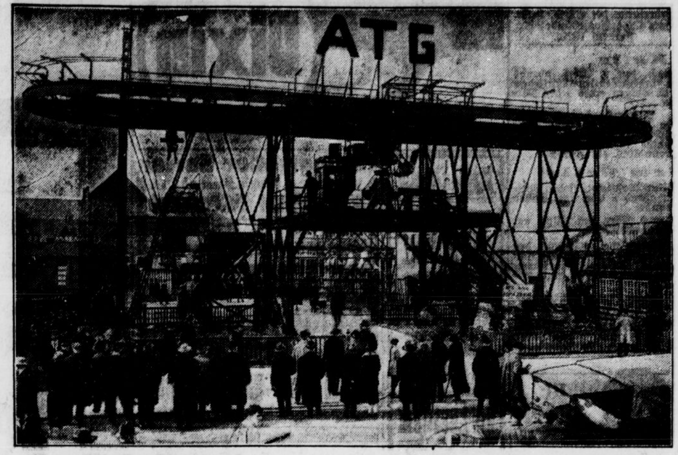
Also kaum 20 Männlein — aber 5 Gruppen! Diese Welterlöser! ....

Ein Kriminalkommissar mit sofortiger Dienstentlassung bestraft. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Breslau: Wegen Beleidigung der Reichsfarben ist der Breslauer Kriminalkommissar Buszler vom Reichsdisziplinarhof als Revisionsinstanz mit sofortiger Dienstentlassung bestraft worden. Buszler, der seit 16 Jahren Beamter ist, hatte vor etwa einem Jahre in Breslau von einem Straßenbahnwagen aus einen Reichsbannerzug beschimpft und die Fahnenträger bespuckt.

Thüringische Regierungsbemühungen. Der mit der Bildung einer Regierung beauftragte Abgeordnete des Landbundes Baum hat am Montagnachmittag nach der endgültigen Absage der Demokraten sein Mandat an den Landtagspräsidenten zurückgegeben. Der Aeltestenausschuß des Landtags wird nunmehr wahrscheinlich ein Mitglied der demokratischen Fraktion mit dem Versuch zur Bildung einer Regierung beauftragen.

Leipziger Frühjahrsmesse

Moderne Transportanlagen auf der technischen Messe.



Der Messe-Montag.

Leipzig, 8. März. (WTB.)

Der zweite Messetag brachte weiter kräftige Zunahme des Verkaufsgeschäftes in den verschiedensten Branchen. Neue Einkäuferscharen aus dem In- und Auslande, die am Montag ankamen, erwiesen sich als Faktor weiterer Belebung. Eine Schätzung des Einkäuferbesuches ist heute noch nicht möglich. Auf jeden Fall dürfte die Zahl aber über die bereits am Sonntag erreichten 100 000 noch erheblich hinausgegangen sein. Die Zahl der ausländischen Messebesucher kommt jetzt bereits an 25 000 heran.

Die Sachverständigen im Jürgens-Prozeß.

Im Prozeß gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens und Frau kamen am Montag zunächst die Schriftsachverständigen zu Wort, um festzustellen, ob der an Jürgens gelangte Drohbrief mit den Worten: „Rache ist süß! Wir kommen wieder! An den Henker Jürgens" von Jürgens selbst oder seiner Frau geschrieben worden ist. Es werden in den beiden Schriftzügen zwar einige sehr starke Uebereinstimmungen festgestellt, aber die Mehrzahl der Sachverständigen glaubt nicht an ein Schreiben von Jürgens. Frau Jürgens als Verfasserin des Briefes sei ausgeschlossen. Ein Gutachten des Leipziger Schallanalytikers Professor Sievers, den die Staatsanwaltschaft geladen hatte, löste allgemeine Heiterkeit aus und wurde vorzeitig abgebrochen.

Berliner Stadtbahn-Fledderer verhaftet. Dem Ueberwachungsdienst der Reichsbahndirektion Berlin ist es nach langen Beobachtungen gelungen, in der Nacht zum Montag eine berüchtigte dreiköpfige Bande von Stadtbahn-Fledderern unschädlich zu machen. Zwei von ihnen, namens Stein und Wiglawski konnten sofort festgenommen werden. Der dritte, ein gewisser Hinz, erkundigte sich am Montagmorgen im Polizeipräsidium nach dem Verbleib seiner Helfershelfer. Dabei wurde auch er verhaftet. Die drei fuhren seit längerer Zeit zwischen dem Lehrter Bahnhof und dem Bahnhof Alexanderplatz hin und her, konnten aber nie auf frischer Tat ertappt werden.

Schiffsunglück auf dem Rhein. Gestern vormittag riß sich bei Homberg ein französischer Kohlenkahn los und trieb den Rhein hinab, wobei der Kahn mit verschiedenen anderen vor Anker liegenden Schiffen zusammenstieß und diese mit sich riß. Etwa ein halbes Dutzend Schiffe trieb gegen die Strompfeiler der Ruhrort-Homberger Rheinbrücke, wobei der französische Kahn in zwei Teile zerbrach und sank. Die Besatzung konnte nur das nackte Leben retten.

Unregelmäßigkeiten bei der Hörder Sparkasse. Der Direktor der Hörder Sparkasse ist nach einer Revision der Kasse, bei der sich herausstellte, daß er sich bei der Vergebung von Krediten umfangreiche Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ, seines Amtes enthoben worden. Er soll aus dem Kassenbestand Kredite verausgabt haben, die von den in Frage kommenden Instanzen nicht genehmigt worden sind.

Schluß mit der Schüler-Rangordnung in den preußischen Schulen. Auf Anordnung des preußischen Kultusministers fällt die bisher in den Schulen bestehende Rangordnung fort. Auch von einer sogenannten „Gruppenbildung" der Schüler als Ersatz einer Rangordnung mit Platznummern soll Abstand genommen werden.

Erdichteter Raubüberfall. Der Berliner Chauffeur Oskar Hoffmann, der angegeben hatte, in einer der letzten Nächte von seinen vier Fahrgästen überfallen und beraubt worden zu sein, wurde von der Kriminalpolizei als Autodieb entlarvt. Er war von Chauffeuren ertappt worden, wie er eine Autodroschke stehlen wollte und wurde dabei übel zugerichtet. Um Aufnahme im Krankenhaus zu finden, erdichtete er den Unfall. Er legte sich in eine verhältnismäßig dunkle Straße, bis er entdeckt wurde. Bei der Nachprüfung seiner Angaben stellte die Polizei fest, daß sie nicht stimmen können und nahm ihn ins Gebet, bis er ein Geständnis ablegte. Hoffmann hat bereits mehrfach Autodroschken gestohlen und war mit ihnen einige Tage auf eigene Rechnung gefahren.

Japanisches Erdbeben.

Ueber 100 Tote.

London, 8. März. (Radiomeldung.)

Am Montag wurde Mittel- und Südjapan von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das insbesondere in Osaka und Tokio bemerkt wurde. In Osaka stürzte u. a. ein Kino ein. 80 Personen wurden durch die einstürzenden Eisen- und Gesteinsmassen zum Teil getötet bzw. schwer und leicht verletzt. Auch Feuer brach an verschiedenen Stellen der Stadt aus. Ebenso sollen in anderen japanischen Städten viele Häuser eingestürzt sein.

London, 8. März. (WTB.)

„Daily Expreß" meldet aus Tokio: Bei dem Erdbeben haben über 100 Menschen den Tod gefunden. Kobe und Osaka sind ohne Beleuchtung und alle Verbindungen sind unterbrochen, aber die in beiden Städten ausgebrochenen Brände sind eingedämmt. Toyoka Yonago Tottori und Nagoya wurden schwer beschädigt; dort dauern die Brände noch fort. In Osaka wurden 11 Personen getötet und 92 verwundet. Der Marinestützpunkt in Maisuru und die Stadt Myazucho stehen in Flammen, während die Dörfer Yamada, Kayacho und andere zerstört wurden.

London, 8. März. (WTB.)

Nach einer drahtlosen Depesche aus Tokio ist ein infolge des Erdbebens in Osaka ausgebrochenes Feuer eingedämmt, dagegen steht die Stadt Kokori mit 32 000 Einwohnern völlig in Flammen.

Berlin erbt. Ein am 3. März in Berlin-Karlshorst verstorbener Architekt setzte die Stadt Berlin zu seinem Erben ein. Die Stadt gelangt dadurch in den Besitz von neun großen schuldenfreien Häusern, die nach dem letzten Willen des Verstorbenen verkauft werden sollen. Aus dem Erlös soll ein Altersheim errichtet werden.

Gefährlicher Fahrgast. Ein Berliner Chauffeur wurde in den späten Nachmittagsstunden von einem Manne zu einer Fahrt nach Bernau angenommen. Auf der Fahrt dorthin feuerte der Fahrgast plötzlich fünf Schüsse auf den Chauffeur ab, die sämtlich fehlgingen, worauf der Fahrgast flüchtete. Der Chauffeur fuhr nach Bernau weiter und erstattete dort Anzeige.

Autobusunglück mit Trauergästen. Ein Autobus, der Bergarbeiter zu der Beisetzung ihrer in Südwales (England) verunglückten Kameraden bringen sollte, stürzte auf der Fahrt um. Dabei wurden zwei Personen getötet und 23 zum Teil schwer verletzt.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357,1).

Mittwoch: 3.30 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Jugendnachmittag. 5.15 Uhr: Mitteilungen fürs Haus und Verkehr. 6 Uhr: Letzte Notierungen. 6.05 bis 6.20 Uhr: Morsekursus. 6.20 bis 6.30 Uhr: Bericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 6.30 bis 6.55 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 7 bis 7.30 Uhr: „Faust." Prof. Dr. Witkowski: „Die Idee und Form des Faustdramas." 7.30 Uhr: Schnee- und Wetterdienst. 7.45 bis 8.15 Uhr: Das Zeitalter Beethovens im Spiegel der Kultur. Dr. Valerian Tornius: „Aera Metternich." 8.15 Uhr: Abendveranstaltung. (Musik von Beethovens Lyrik.) 10.10 Uhr: Presse- und Sportdienst. 10.25 bis 12 Uhr: Funkbrettl.

Königswusterhausen (Welle 1250).

Mittwoch: 12 bis 12.30 Uhr: Französisch für Schüler. 12.30 bis 12.40 Uhr: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 2.30 bis 3 Uhr: Mode und Kultur (Frau Anna Rose Bube). 3.30 bis 4 Uhr: Einheitskurzschrift für Anfänger. 4 bis 4.30 Uhr: Kunst und Erziehung (Prof. Dr. Schreyer und Oberschulrat Hilker). 4.30 bis 5 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 5 bis 5.30 Uhr: Privat-Dozent Dr. Potonié: „Die Entwicklungsgeschichte der Pflanzenwelt." 5.30 bis 6 Uhr: Professor Siegfried Ochs: „Unsere Kirchenmusik." 6 bis 6.30 Uhr: Gewerbeoberlehrer Mayer: „Flächen- und Raummessung." 6.30 bis 6.55 Uhr: Englisch für Anfänger. 6.55 bis 7.20 Uhr: Prof. Briefs: „Konkurrenzwirtschaft und Planwirtschaft." 7.20 bis 7.45 Uhr: Dr. Paul Rohrbach: „Erziehung zu weltpolitischem Denken." 8.30 Uhr: „Gestaltete Gegenwart." 9.30 Uhr: Die Sonate. 10.30 bis 12.30 Uhr: Tanzmusik.

Arbeiter-Radio-Klub. Die Mitglieder werden gebeten, die Apparate für die Ausstellung bis Freitagabend im Heim oder im „Volkspark" abzugeben. Es wird erwartet, daß möglichst alle Mitglieder sich daran beteiligen. (1283

Nur bei der allein echten Jasmatzi-Zigarette hat der Raucher die Garantie

die berühmten alten Qualitätsmarken zu rauchen. Unsere beliebte Standard-Marke Jasmatzi Pteo ist der Ausdruck höchster Leistung, die auf jahrzehntelanger Erfahrung beruht.

Jasmatzi PTEO zu 5 Pfg.

Allein echt von der G. A. Jasmatzi A. G. Dresden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Herz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

A.J. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im Heim Außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Frauengruppe. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Versammlung. Genossin Franken (Leipzig) spricht über ihre Erlebnisse in Wien. Alle Genossinnen sind freundlichst eingeladen.

Aus dem Bezirk

Merseburg Arbeiter-Wohlfahrt. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr, im „Herzog Christian" Nähstunde.

— Mittwoch, den 9. März, um 7 Uhr, vor der Nähstunde Vorstandssitzung.

Nünnen Arbeiter-Wohlfahrt. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, bei Genossin Neubert, Marktplatz, Mitarbeiterversammlung. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwünscht.

Merseburg. Donnerstag, den 10. März 1927, abends 8 Uhr, im „Tivoli" Parteiversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Maifeier. 3. Jugendwelle. Wir erwarten pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Eisenburg Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Mitglieder-Versammlung. U. a. aktueller Vortrag des Kameraden Landrat a. D. Raute.

Sonstige Vereine

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegs-Hinterbliebenen. Ortsgruppe Halle. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Pfälzer Schiesgraben", Robert-Franz-Straße: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Kommission und Vorstandsergänzungswahl. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Konfirmanden-Geschenke

wie **silb. Damen- u. Herren-Uhren, Kolliers, Armbänder, Ringe, Broschen** usw.

Spezialität: **Trauringe** (moderne Fassons) 333, 585, 750 und 900 gestempelt.

Gravieren gratis!

Amand Weiss Halle a. S., Kleinschmieden 6 gegenüber Alex Michel. 1286

Wenn sie ein gutes Seifenpulver suchen!

Dixin

Stadt-Theater

Heute 1294
Dienstag 8 Uhr: **N. v. Gneisenau**
Mittwoch 8 Uhr: **N. v. Gneisenau**

Zoologischer Garten

Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr:
Volkstüml. Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters
Leitung Benno Plätz. Abonnenten frei.
Mittwoch, den 16. März: Gesellschaftsabend mit Tanz!
1290

Walhalla

Telephon 28385
Anfang 8 Uhr
Nur noch heute und morgen:
Gastspiel Josef Meth
Der Ehestreik
Schwank in 3 Akten von Julius Pohl
Ab Donnerstag, d. 10. März
Der gr. Lachschlager
Die drei Dorfheiligen
Posse mit Tanz in 3 Akten von Max Neal u. Max Ferner
Preise von 0,60 bis 4,00 Mark. 1297

Schillers Garten

Heide 1291
Regelmäßig Mittwochs
Kaffee-Konzert

Schnellste Bezugsquelle

für Werke aus allen Wissensgebieten und der schönen Literatur

„Volksblatt"-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Möbl. Zimmer,

ungeniert, zu vermiet. Offert. u. **V. H. 622a** an die Buchhandlung, Gr. Ulrichstraße 27.

Ehrenerklärung.

Die gegen die Ehefrau Frieda Teubert, Am Bergmannsstreff 32 ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück.
E. Cienroth, Bännerhöhe 25. 284

Neue Gänsefedern

wie sie v. d. Gans ger. werd. mit allen Daunen Pfd. 2,20, bessere 3,— Mk., Halbdaunen Pfd. 5,— Mk., Ia 6,— Mk., 3/4 Daunen, sehr zart, Pfd. 7,—, VollDaunen Pfd. 9,— Mk., Ia 10,— u. 12,50 Mk., ger. Federn, m. Daunen Pfd. 3,50, 4,50 Mk., weiß u. weich Pfd. 5,—, 5,50 u. 6,— Mk. Versand per Nachnahme. Garantie für reelle Ware und nehme, was nicht gefällt, auf meine Kosten zurück! — Muster frei! 1261

Paul Wodrich, Neutrebbin (Oderbruch)
Gänsemästerei und Bettfedernreinigung
Am Bahnhof.

Kauft nur bei unseren Inserenten!!

Maßarbeit ist doch das Beste!

1295

Die Frühjahrs- und Sommersaison steht vor der Tür. / Die Mode bringt prachtvolle Neuheiten in Musterungen und Farbe der Stoffe. / Das Schneidergewerbe ist gerüstet, alle Wünsche für die Ergänzung der Garderobe zu erfüllen.

4.00 6.10 8.15 — 4.00 6.10 8.15

Morgen, Mittwoch, nachmittag 4 Uhr in unseren beiden Theatern gleichzeitig

Glanzvolle Première des größten Prunk- u. Ausstattungsfilms

4. Großfilm des deutschen Lichtspiel-Syndikats

Der Zigeunerbaron

Nach der unsterblichen Operette des Walzerkönigs

Johann Strauß

In den Hauptrollen:

Lya Mara (Saffi) — **Wilhelm Dieterle** (Barinkay)

Michael Bohnen (Czupan) — **Ernst Verebes** (Ottokar)

Regie: **Friedrich Zelnik**

Persönlich anwesend: **Wilhelm Dieterle**

Die bekannten Weisen von Strauß vermitteln
Adolf Dimano (München) — **Heinz Dietrich** (Berlin).
Thea Liebold (Weimar) — — **Hanna Düntz** (Berlin).

Lya Mara, der erklärte Liebling des Publikums, hat Gelegenheit, einen ganz neuen Typ zu schaffen.

Die Saffi wird die größte Sensation der Bildspielkunst bedeuten.

Wilhelm Dieterle, als „Pfarrer von Kirchfeld" noch in bester Erinnerung, steht Lya Mara als Barinkay zur Seite, der nach dem „Zigeunerbaron" als einer unserer bedeutendsten Schauspieler angesprochen werden muß.

Michael Bohnen, der bekannte Kammersänger als Czupan, gibt der Besetzung besonderen Glanz.

Wie Strauß im Klang, so beherrscht Friedrich Zelnik im Bild die Topographie des Ungarlandes in souveräner Weise. Eingehüllt in die wilde Romantik der Pusta trägt auch dieser Film den Stempel Zelniks mit dem goldenen Gemüt, harmlosen Humor, dem feinempfindenden Geschmack

Machen Sie sich auf einen ganz großen Genuß gefaßt!!!

Alle Ehren- und Freikarten diese Woche ungültig.

Jugendliche zahlen zur ersten Vorstellung halbe Preise.

Heute letzter Tag:

● Lützows wilde, verwegene Jagd ●

Am Riebeckplatz — C.T — Große Ulrichstr. 51

1293

GEBR. GOLDMANN
Merseburg, Kl. Ritterstraße 4
: **Größtes Spezialgeschäft am Platze** :
Täglich Eingang neuester Schuhmodelle!
Allein-Verkauf der Mercedes-Schuhe.

Merseburg

Paul Ehlert Nfg.
Merseburg
Das führende Haus für
Porzellan
Glas
Haushaltwaren
Niedrigste Preise

Otto Zielke
Färberei u. chem. Waschanstalt
Einziger Betrieb am Platze
Fabrik: **Hallische Straße 30**
Läden: Gotthardtstr. 28 Hallische Str. 30
Telefon 220

Th. Ebert Nachf.
Optische Anstalt
Institut wissenschaftlich richtiger Augengläser
Entenplan 13

C. F. Siebert
Feinkosthaus
Nordsee-Fischhalle
Merseburg Markt 33

Otto Bretschneider
Merseburg, Kl. Ritterstr. 5
Eisenwarenhandlung
Haus- und Küchen-Geräte

OTTO WIRTH
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Damenwäsche
Gardinen und sämtl. Aussteuer-Bedarfsartikel
Telefon 54 **Merseburg** Burgstr. 9

Bernhard Reiche / Merseburg
Entenplan 3 Telefon 354
Größte Spezial-Abteilungen in
Seiden-, Kleider- und Herren-Stoffen :-: Herren-, Damen- und Kinderwäsche :-: Leinen und Baumwollwaren :-: Bettfedern :-: Gardinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0004

Markthalle ist nötig!

Die hallischen Stadtverordneten beschließen den baldigen Bau einer Großmarkthalle. / Gemeindemittel für die staatlichen Kliniken. / Spießbürgerliche Nörgelei über Kulturfragen

Die gestrige Sitzung erlebte allerlei Ueberraschungen dadurch, daß eine große Anzahl von Stadtverordneten einen Bummel auf der Leipziger Messe der Arbeit im Stadthause vorzog und so die Linke bei mehreren Abstimmungen die Mehrheit hatte. So konnte der Magistrat auf kommunistischen Antrag hin ausdrücklich auf den Bau einer Großmarkthalle festgelegt werden, im Gegensatz zu der Stellungnahme des Verkehrsausschusses, der alle Möglichkeiten offen gelassen hatte. Die Annahme eines weiteren Antrags der Kommunisten, 2000 Mk. zu bewilligen, damit den Garderobenfrauen des Stadttheaters nachträglich die ihnen vorenthaltene Weihnachtsspende gewährt werde, war ebenfalls nur auf die vielen Lücken in den Reihen der Rechten zurückzuführen, denn die Mehrheit war nur ganz knapp. Die größte Ueberraschung, wohl auch für die Antragsteller selbst, war, daß das Kollegium für einen kommunistischen Antrag auf strengste Durchführung des Achtstundentags, 15prozentige Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter und eventuellen Austritt aus dem Arbeitgeberverband nicht nur die Dringlichkeit anerkannte, sondern sich sogar eine Mehrheit von 6 Stimmen für den Antrag fand.

Unser Fraktionsredner Genosse Flücht gab den „einzig wahren Arbeitervertretern", als welche sich die Kommunisten gestern wieder mit widerlicher Aufdringlichkeit anpriesen, die einzig richtige Antwort, als er in einer kurzen Erklärung betonte, daß die Führung von Lohnverhandlungen Sache der zuständigen Gewerkschaft und nicht irgendeiner politischen Partei sei. Nur schlecht konnten die Kapedisten verbergen, daß der einzige Zweck des Antrags war, die „verräterische Gewerkschaftsbureaukratie" zu „entlarven" und bei den städtischen Arbeitern, die sich in steigendem Maße von der kommunistischen Führung lösen, Proselyten zu werben. Uebrigens ein schöner Reinfall, denn die zuständige Organisation hat die von den Kommunisten gestellten Forderungen längst an die ebenfalls zuständigen Stellen gelangen lassen. Noch mehr: Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat sogar eine 20prozentige Lohnerhöhung als dringend notwendig erachtet und nicht nur 15, wie es in dem kommunistischen Antrag heißt. Der Verlauf der Sitzung ist ersichtlich aus dem nachfolgenden

Sitzungsbericht.

Nach Kenntnisnahme einer ganzen Reihe von Eingängen stimmte das Kollegium unter Ablehnung einiger kommunistischer Anträge der vom Magistrat vorgeschlagenen

Aenderung der Bedingungen für die Entnahme von Gas aus Münzgasmessern

zu und bewilligte die erforderlichen Kosten zur Anschaffung der Apparate. Ohne Debatte wurden auch die Mittel zur

Verbesserung der Wege in der Siedlung an der Artilleriekaserne

in Höhe von 30 000 Mk. bewilligt. Der Magistratsantrag auf Bewilligung von 40 000 Mk. zur Verbesserung der

Einrichtungen in den Universitätskliniken

bot der sozialdemokratischen Fraktion Anlaß, durch den Mund des Genossen Flücht Kritik an den Verhältnissen in den staatlichen Kliniken zu üben. Stadtv. Flücht war derselben Meinung wie der kommunistische Redner, daß es besser wäre, wenn die 40 000 Mk. statt zur Verbesserung der Klinikeinrichtungen für das eigene städtische Krankenhaus Verwendung fänden. Die sozialdemokratische Fraktion würde aber trotzdem der Magistratsvorlage zustimmen, sie erwarte aber, daß die Verpflegung der Patienten eine bessere wird, daß ferner die Unterkunftsverhältnisse des Pflegepersonals gebessert würden. Unter Anführung eines Spezialfalles kennzeichnete er das Kapitel „moderne Hygiene in den Kliniken" und rügte, daß die tariflich vereinbarte Arbeitszeit nicht eingehalten würde. Der Einwand, daß kein Raum für Vornahme von Neueinstellungen vorhanden sei, könne nicht als stichhaltig angesehen werden. Der Universitätskurator wollte den Stadtverordneten Gelegenheit geben, daß sie zu jeder Stunde die Klinikeinrichtungen besichtigen könnten. Diese durch Stadtrat May übermittelte Einladung lehnte Stadtv. Flücht mit dem Bemerken ab, daß alles vorher schön vorbereitet würde.

Stadtv. Kilian lehnte die Vorlage überhaupt ab und verlangte Ueberweisung der beantragten Summe an den Fonds zur Erbauung eines städtischen Krankenhauses. Er betonte besonders, daß es in erster Linie Aufgabe des Staates sei, die Kliniken auszubauen. — Stadtv. Kölz (Komm.) vertrat dieselbe Auffassung und erklärte, die Kommunisten hätten keine Lust, Geld einem Staate zu bewilligen, der Hunderte von Millionen für Polizei und andere reaktionäre Zwecke hinauswerfe.

Die Magistratsvorlage wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Das Ersuchen des Magistrats um Genehmigung der Etatsüberschreitung beim

Etat des Stadttheaters

in Höhe von 38 000 Mk. gab Anlaß zu einer kleinen Kunstdebatte. Der Kommunist Günther entrüstete sich in diesem Falle mit Recht darüber, daß man die am schlechtest bezahlten Garderobefrauen bei der Weihnachtszuwendung ausgeschlossen habe, und beantragte, die Summe um 2000 Mk. zu erhöhen, um den Garderobefrauen und sonst noch schlecht besoldeten Bediensteten des Stadttheaters nachträglich eine Zuwendung zu machen. — Stadtv. Thier (Hausbesitzerfraktion) nörgelte über die angeblich hohen Zuschüsse für das Stadttheater und verlangte vom Magistrat, daß er künftig Etatsüberschreitungen für das Theater nach Möglichkeit vermeide.

Stadtrat Fischer wies die Bemängelung des Herrn Thier energisch zurück mit dem Hinweis darauf, daß Halle im Vergleich zu anderen Städten herzlich wenig für seine Kulturstätte ausgebe. Während zum Beispiel in Halle auf den Kopf der Bevölkerung nur 1,95 Mk. Theaterzuschuß entfalle, bringe das viel kleinere Lübeck 3,50 Mk. für sein Theater auf. Allein an Etatsüberschreitungen habe Köln in diesem Jahre 510 000 Mk., Düsseldorf 350 000 Mk., Barmen 225 000 Mk., Chemnitz 250 000 Mark und Kiel 150 000 Mk. bewilligt. Der Vorwurf des Herrn Thier, daß Halle mit seiner eigenen Theaterregie unwirtschaftlich arbeite, treffe also in keiner Weise zu. Ein gut geleitetes Theater würde immer erhebliche Zuschüsse erfordern, oder es sinke wieder auf das Niveau des Geschäftstheaters herab. Die von dem kommunistischen Redner gerügten Ueberstunden seien auf die zahlreichen Proben zurückzuführen. Sollen sie vermieden werden, dann müßten noch erheblich mehr Mittel für das Theater bewilligt werden.

Mit 24 gegen 22 Stimmen wurde dann die Etatsüberschreitung bewilligt, dazu 2000 Mk. für den von der kommunistischen Fraktion gewünschten Zweck.

Stadtv. Pfeiffer berichtete dann über den von uns bereits mitgeteilten Beschluß des Verkehrsausschusses auf

Errichtung einer Markthalle.

Es lägen bereits drei Projekte vor, die von dem Verkehrsausschuß aber allesamt als nicht ausführbar befunden wurden. Der Verkehrsausschuß habe daher diese Projekte abgelehnt und durch Beschluß den Magistrat ersucht, unter Ausschaltung der Interessentenverbände neue Vorschläge zu machen.

Stadtv. Schamburg (Soz.) legte dar, daß die genannten Interessentenverbände gar nicht in der Lage seien, den Plan auf Errichtung einer Markthalle durchzuführen. Sie bekämpften sich übrigens bereits gegenseitig. Er ist der Meinung, daß hinter diesen Interessentenverbänden in der Hauptsache Leute stünden, die durch den Bau einer Markthalle Geschäfte machen wollten. (Zuruf des Stadtv. Kutzschbauch: „Sehr richtig, stimmt!") Heute stellten die Grundstücksbesitzer bereits maßlose Forderungen, und so ergebe sich die Tatsache, daß die Interessentenverbände mehr Schaden als Nutzen stiften. Er erklärte ausdrücklich, daß die sozialdemokratische Fraktion für den Bau einer Markthalle sei, denn was nütze die Veranstaltung von Reichsgesundheitswochen und Vorträgen über Hygiene, wenn die unhygienischen Zustände auf dem Markte weiter bestehen blieben. Er verlangte, daß der Magistrat sich nach geeignetem Gelände umsehe und dann auf schleunigstem Wege für den Bau einer Markthalle sorge. Da bis dahin möglicherweise noch einige Zeit vergehen würde, müßten auf dem Terrain des Schlachthofes schleunigst Kühlhallen geschaffen werden, damit die hallischen Lebensmittelhändler nicht gezwungen seien, nach Leipzig zu gehen, um ihre wertvollen Waren vor dem Verderben zu schützen.

Stadtverordneter und Stadtrat Kutzschbauch.

Einer von den „einzig wahren Vertretern des hallschen Proletariats".

Stadtv. Härtel vertrat die Auffassung, daß die allgemeine Fassung des Ausschußantrags nicht genüge, daß vielmehr ausdrücklich der Bau einer Großmarkthalle mit Gleisanschluß beschlossen werden müsse. — Auch Stadtv. Michel (Ordnungsblock) hielt die sofortige baldige Errichtung einer Markthalle, ganz gleich welcher Art, für notwendig, und wandte sich auch gegen die Interessentenverbände mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß der Plan nur durch den Magistrat durchgeführt werden könnte. — Stadtrat Fischer erklärte, daß der Zeitpunkt für die Errichtung einer kommunalen Markthalle noch nicht gekommen sei. Kommunale Markthallen seien Zuschußbetriebe. Die Aufgaben der Interessentenverbände seien objektiv falsch, und es sei schon so, daß die Interessentenverbände wohl eine Menge Schreibarbeit geleistet, aber keine praktischen Vorschläge gemacht hätten.

Nach einer weiteren Debatte, die sich in der Hauptsache um die Frage Groß- oder Kleinmarkthalle drehte, wurde der Antrag des Verkehrsausschusses nahezu einstimmig, der kommunistische Zusatzantrag auf Errichtung einer Großmarkthalle mit Gleisanschluß mit 23 gegen 22 Stimmen angenommen.

Nach debatteloser Erledigung einiger belangloser Vorlagen und Kenntnisnahme von Rechnungsentlastungen erstattete Stadtv. Kilian einem Teil seiner Fraktion (die übrigen Stadtverordneten hatten es vorgezogen, den Sitzungssaal zu verlassen) Bericht über die Verhandlungen des im September v. J. in Halberstadt abgehaltenen Städtetages. Man kann sich, ohne die dem „Klassenkampf"-Berichterstatter diktierte Rede gehört zu haben, ungefähr vorstellen, welcher Art Kilians Ausführungen waren, wenn man weiß, daß es gerade Kilian war, der wegen seines höchst unqualifizierten Benehmens durch einmütigen Beschluß des Städtetags aus dem Sitzungssaal entfernt werden mußte.

Außerhalb der Tagesordnung stellten die Kommunisten den Antrag, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen die Vertreter der Stadt Halle dafür eintreten sollten, daß die Forderung der städtischen Arbeiter auf strenge Durchführung des Achtstundentags und eine mindestens 15prozentige Lohnerhöhung bringen, und daß im Weigerungsfalle die Stadt Halle aus dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband austreten soll.

Nach Begründung des Antrags durch den Stadtv. Lüttich gab Stadtv. Flücht namens der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß der Antrag der kommunistischen Fraktion für die städtischen Arbeiter viel zu spät komme. Wir lehnen es im übrigen grundsätzlich ab, im Stadtparlament unsere Lohnverhandlungen zu führen. Das ist Sache der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation. Aus grundsätzlichen Erwägungen stimmen wir aber dem kommunistischen Antrag zu. — Nachdem Stadtv. Höcker einiges über das „Versagen der Gewerkschaftsbureaukratie" gemeckert hatte, wurde ihm von Flücht bedeutet, wenn jemand auch mir einigermaßen Verständnis habe für den Sinn der gewerkschaftlichen Taktik, dann lehne er es ab, Lohnverhandlungen in öffentlicher Sitzung einer Stadtverordnetenversammlung zu führen. Das sage er im Namen aller Gemeinde- und Staatsarbeiter, auch der heute noch kommunistisch eingestellten Mitglieder. Es stünde schlecht um die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie die Vertretung ihrer Interessen irgendeiner politischen Partei anvertrauen müßte, die jede Gelegenheit benutzen muß, um sich den Arbeitermassen gegenüber in ein gutes Licht zu rücken. Eine derartige Anbiederei lehne der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ab.

Der Antrag selbst wurde, da die Rechte sehr schwach besetzt war, mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen.

*

In der geschlossenen Sitzung wurde schmutzige Wäsche gewaschen. Dem Stadtv. Bauunternehmer Schulze vom Ordnungsblock wurde zum Vorwurf gemacht, daß er durch die Vermittelung eines größeren Baugeländes, das der Magistrat im Falle einer Verlegung der Provinzialverwaltung nach Halle benötigt, etwa 8000 Mk. Provision bekommen habe. Ein derartiges Gebaren sei mit den Pflichten eines Stadtverordneten nicht vereinbar. Daß die Vorwürfe berechtigt sein müssen, beweist am besten die Tatsache, daß der Vorsteher Busse seinen Fraktionsfreund aufforderte, den Sitzungssaal zu verlassen, und daß nachher eingehend der Fall besprochen wurde. Zweifellos wird der Fall, daß ein Stadtverordneter seinen Einfluß benutzt, um sich persönliche Vorteile zu sichern, noch weitere Kreise ziehen.

Ein Sechzigjähriger.

Genosse Wilhelm Henne, der Kassierer der Verwaltungsstelle Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, begeht heute seinen 60. Geburtstag. Wir nehmen davon Notiz, weil Wilhelm Henne in der hallischen Arbeiterbewegung allgemein bekannt und sein Name mit der Geschichte derselben eng verbunden ist. Bereits 1887, kaum 20jährig, erkannte er die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und trat damals, da er Dreher von Beruf ist, dem Fachverein für Dreher und Schlosser bei, um dann nach der Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1899 zu diesem überzutreten. In der Gewerkschaft war er ein rührriges Mitglied. Seiner Tätigkeit war es mitzuverdanken, daß der DMV. hier in Halle in wenigen Jahren derartig erstarkte, daß man recht bald zur Anstellung eines Geschäftsführers übergehen konnte. Karl Kähne, der damals gewählt wurde, verstarb bald nach seiner Wahl an der Proletarierkrankheit, und so wurde dann im Jahre 1903, also vor 24 Jahren, Wilhelm Henne sein Nachfolger. Als solcher hatte er den Innen- und Außendienst zu bewältigen. Nachdem sich dann später weitere Anstellungen notwendig machten, widmete Henne sich ausschließlich den Kassengeschäften. Er ist das Musterbeispiel eines Gewerkschaftskassierers. Beide Hände breitet er über die Verbandsgelder, und jeden Pfennig dreht er ein paarmal um, ehe er ihn ausgibt. So unangenehm es manchmal ist, von ihm für diese oder jene Zwecke Geld zu fordern, so sind aber alle, die es mit der Gewerkschaftsbewegung ehrlich meinen, der Ansicht, daß er hier am richtigen Platze ist. Denn man hat die Gewißheit, daß die mühsam zusammengetragenen Groschen der Arbeiter richtig verwaltet werden.

So kneuserig Genosse Henne bei der Hergabe von Verbandsgeldern ist, so freigebig ist er aber als Privatmann, und so manchem hilfsbedürftigen Kollegen hat er im Verlauf der Jahre unter die Arme gegriffen, ohne Aufhebens davon zu machen. Aber nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung hat er seinen Mann gestanden, auch in der Parteibewegung ist er kein Unbekannter. Ebenfalls hat ihm die Genossenschaftsbewegung, an der er sich von Anfang an sehr aktiv beteiligte, viel zu verdanken, und nicht zuletzt war er auch im Krankenkassenwesen tätig.

Trotzdem ihn alle Zweige der Arbeiterbewegung sehr stark in Anspruch nahmen, fand er noch Zeit, sich mit Kunst und Literatur zu beschäftigen. Eine große Bibliothek nennt er sein eigen, und manches Buch ist bei ihm vorzufinden, das viele gute Bibliotheken nicht aufzuweisen haben, und manchem wissensdurstigen Verbandskollegen und Parteigenossen hat er seine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung gestellt.

Wilhelm Henne begeht seinen Geburtstag in voller geistiger und körperlicher Frische, was zu der Hoffnung berechtigt, daß er noch recht lange der Arbeiterbewegung seine Dienste zur Verfügung stellen kann. Möge auch die jüngere Generation aus der Tätigkeit dieses Kämpfers lernen und versuchen, ihm nachzueifern. Wir bringen Wilhelm Henne zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche dar und hoffen, daß er noch viele Jahre sich seiner geistigen und körperlichen Frische erfreuen möge.

Schwurgericht Halle.

Meineid. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde am Montag wegen Meineides gegen die 23jährige geschiedene Ehefrau Berta Sch. verhandelt. Sie hat den Meineid vor dem Schöffengericht Halle am 29. September 1926 geleistet in einem Prozeß gegen den der Zuhälterei beschuldigten Erich F. Da zurzeit der Eidesleistung ihre Ehe noch bestand, so hätte sie sich selbst durch Eigenständnis ihrer sittlichen Verfehlungen der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Mann gegen sie Strafantrag wegen Ehebruchs stellen kann. Daher kamen ihr bei dem Meineide die Strafverbietungsgründe des § 157 (Eidesnotstand) zugute. Sie erhielt eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten unter Anrechnung von 7 Wochen Untersuchungshaft.

Wenn der Stahlhelm provoziert.

Vor dem hallschen Schöffengericht begann heute, Dienstag, ein Prozeß wegen Landfriedensbruch gegen den 52jährigen Arbeiter Friedrich Henze und den 26jährigen Elektromonteur Walter Rolle. Es handelt sich um den Zusammenstoß zwischen einem Demonstrationszug der Rot-Frontkämpfer und einem Propagandaumzug des Stahlhelms auf Autos am Abend des Freitag, den 18. Juni v. J. für und gegen Fürsteneneignung. An jenem Abend provozierte der „Stahlhelm" mehrere Zusammenstöße; hier handelt es sich um den am Platze vor der Taubenschule und in der Langenstraße und Bertramstraße. Die beiden Angeklagten leugnen jedes Verschulden. Der eine, ältere Mann hat zwar den Umzug mitgemacht, will aber, als die Spitze der Rot-Frontkämpfer dem Stahlhelm entgegenlief, nicht haben mitlaufen können. Der jüngere hat den Umzug nicht mitgemacht. Er will nur einen Stein der von einem Stahlhelm-Auto gegen seine Frau und kein Kind geschleudert war, zurückgeworfen haben. Es sind etwa 30 Zeugen zu vernehmen, und daher wird der Prozeß heute nicht zu Ende geführt, sondern auf Donnerstag ausgesetzt werden.

Schwerer Einbruch. Als die Angestellten der Firma Weitz gestern morgen das Geschäft betraten, machten sie die unangenehme Wahrnehmung, daß nachts Einbrecher über die Dächer in das Geschäftshaus eingedrungen waren und für ungefähr 1000 Mark Ware, meist Mäntel und Anzüge, gestohlen hatten.

Dreißig Hühner geköpft. In der Nacht zum 5. März sind in Cröllwitz durch Einbruch 30 Hühner und 2 Hähne gestohlen worden. Die Täter haben den Tieren am Tatort die Köpfe abgeschnitten. Sachdienliche Angaben über Täter oder Angebot der Tiere, die durch das Fehlen der Köpfe auffallen müssen, werden an die Kriminalpolizei erbeten.

In die Saale gegangen? Am Sonntag gegen 10 Uhr vormittags, wurden an der wilden Saale eine blaue Mütze und ein Paar Filzpantoffeln gefunden, die einem Rentner Otto Reichardt, der dort vermutlich in die Saale gegangen ist, gehören.

Dienstag Mittwoch Donnerstag 3 Fleischtage! Rindfleisch frisch geschlachtet Brust und Bauch . . . 1 Pfund 65 ₰
Rindertalg . . . . . 30 ₰
Gehacktes gem. . . . 80 ₰
A. Knäusel Fleischverkauf Markt 6 Kl. Ulrichstr. 24b 1296

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Provinziallandtag der Freien Schulgesellschaft.

Die Freie Schulgesellschaft, Unterverband Provinz Sachsen, tagte am 6. März im „Volkspark“ zu Halle. Am Abend vorher trafen sich zwanglos Eltern und sonstige Schulfreunde ebenfalls im „Volkspark“. Ein kurzer, leicht verständlicher Vortrag des Bezirksvorsitzenden Hauert aus Magdeburg über den Kern der weltlichen Schule fesselte alle Gäste, die auch nachdem geraume Zeit gesellig beisammen blieben. Am folgenden Sonntagmorgen trafen sich die Vertreter des Verbandes aus allen Gegenden unsrer Provinz. Nach wenigen Mitteilungen ging es sofort an die Arbeit. Zunächst galt es, Bericht zu erstatten, wie es draußen steht. Erfreuliches von Siegen, Unerquickliches von Kämpfen wechselten ab. Sind es doch nun über 20 Standorte, von denen aus der Gedanke der weltlichen Schule innerhalb unserer Provinz verbreitet wird, während im Vorjahre kaum zehn vorhanden waren. Dementsprechend hat die Zahl der an weltlichen Schulen unterrichteten Kinder erheblich zugenommen. Sie würde noch weit größer sein, wenn nicht Teile der Lehrerschaft, die Kirche und hier und da Behörden besondere Schwierigkeiten in den Weg legen würden. Ganz besonders trifft das auf den Bezirk Erfurt zu. **Von Bedeutung ist, daß auch ländliche Ortschaften erwachen, ja im Verhältnis zu den Städten weit mehr Erfolge aufweisen.** So gibt es Großdörfer, die mehr als 50 Prozent aller Schulkinder für den bekenntnisfreien Unterricht geworben haben.

Im Einklang mit diesen Darlegungen standen die Berichte des Vorsitzenden über die **Arbeiten der Bezirksleitung und ihre kommenden Aufgaben.** Im Mittelpunkt der gesamten Entwicklung steht das **Reichsschulgesetz.** Ueber seinen Inhalt kann man nur Vermutungen anstellen, aber aller Voraussicht nach wird es der weltlichen Schule Gleichstellung im juristischen Sinne mit allen anderen Schularten bringen. An ein Konkordat für Preußen glaube man nicht, dagegen an Bestrebungen des Katholizismus, finanziell soviel wie möglich aus dem preußischen Steuersäckel herauszuholen. **Wesentlich für uns ist die inhaltliche Ausgestaltung der weltlichen Schulen durch Vereinheitlichung des gesamten Betriebes aller Schulen, durch Errichtung weltlicher Akademien, vor allem durch die Forderung, daß die deutsche Schule grundsätzlich weltlich zu sein hat.** Zur Durchführung dieser Ziele ist bessere Finanzierung, stärkere Gruppierung nach Werbebezirken, Umgestaltung der Verbandszeitung nötig. Die anschließende Aussprache über die ersten beide Punkte der Tagesordnung war nur kurz, da das Zentralthema, das Reichsschulgesetz, besonderer Besprechung vorbehalten sein wird.

Ebenso kurz gestaltete sich die Besprechung des **Statutenentwurfs**, der der Generalversammlung mit den im folgenden Punkte der Tagung angenommenen Anträgen vorgelegt werden soll. Diese Anträge kamen teils von Ortsgruppen, besonders von Halle, teils vom Vorstande. Mit mehr oder weniger Abänderung wurden sie gutgeheißen, u. a. Halle als Inhaber des 2. Vorsitzenden und als Leiter des Werbebezirks Merseburg festgesetzt. Im anschließenden Punkte **„Arbeitsprogramm“** wurde betont, daß überall die „Freie Schulgesellschaft“ Träger der Bewegung für die weltliche Schule sein muß. Andere Organisationen sind als Helfer willkommen, können aber nicht den Behörden gegenüber als verhandlungsfähig anerkannt werden.

Im letzten Punkte der Tagesordnung wurden die Festlegung des Ortes für die **Generalversammlung** und der Zeitpunkt dafür bestimmt. Gewählt wurde **Halle**, als Tag der **28. August** festgelegt. Dann fanden Wahlen für Kassenprüfer und Schriftführer statt. Zum Schluß kamen Anfragen verschiedensten Inhalts, die noch manche Eigenarten des Kampfes um die weltliche Schule beleuchteten und vor allem klar erkennen ließen, wie sehr die Arbeiterschaft, die treu zur weltlichen Schule hält, auf dem Posten sein muß. Nach 2 Uhr mittags schloß die Vertreterversammlung, ohne daß die Frage des Reichsschulgesetzes eingehend besprochen werden konnte, da eine Anzahl Vertreter zum Zuge mußten. Dafür wurde eine **Entschließung** angenommen, die den Bundesvorstand ersucht, mit allen Mitteln für die gesetzliche Feststellung der weltlichen Schule als der Regelschule für ganz Deutschland einzutreten.

Nach einstündiger Mittagspause fand dann auch noch eine Beratung der Lehrkräfte statt über die Bearbeitung der wichtigsten Fächer im Unterricht an weltlichen Schulen. Die vorbereitenden Erläuterungen gab Schulfreund **Eilert** aus Magdeburg, dem es besonders darauf ankam, die sogenannte „Lebenskunde“ nicht als einziges Merkmal der weltlichen Schule zu kennzeichnen, da sie ihren Inhalt dem gesamten Unterricht entnehme und deshalb eigentlich kein besonderes Lehrfach sei. Aus diesem Grunde hat der Dezernent für das Volksschulwesen am Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft noch keinerlei Richtlinien für dieses Fach herausgegeben, und keine Regierung kann grundsätzlich die Verlegung eines Stoffplanes fordern. Die anderen Fächer (Deutsche Geschichte, Singen) sind dagegen in starker Bearbeitung. Für ganz Deutschland haben sich Zentren gebildet; Breslau, Magdeburg, Düsseldorf gehören dazu. Es kommt nun darauf an, daß die einzelnen Ortsgruppen Material zuführen, weshalb Arbeitsgemeinschaften einzurichten sind.

Die anschließende sehr lebhafte Aussprache brachte noch manches Für und Wider, namentlich was die Lebenskunde anging. Das Endergebnis war die Festlegung einiger größerer Ortsgruppen, darunter Halle, als Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Vortragenden. Abends 6 Uhr war die gesamte Tagung zu Ende. Sie möge Kraft zur Erhöhung der Macht geschaffen haben!

Güterverkehr auf der Strecke Eilenburg—Wurzen.

Auf der Eisenbahnstrecke Eilenburg—Wurzen ist Montag früh der behelfsmäßige **Güterverkehr eröffnet** worden. Der erste Zug kam aus Wurzen und lief 7 Uhr hier ein, der zweite Zug war der Gegenzug zu diesem und fuhr in Eilenburg 8 Uhr 18 ab. Die Strecke ist bekanntlich noch nicht ganz fertig. Ihre feierliche Eröffnung findet erst statt, wenn auch die Personenzüge laufen können. Die Haltestellen der neuen Strecke sind: 1. Eilenburg, Eilenburg-Süd (neuer Haltepunkt für Personenverkehr) 3. Thallwitz, 4 Collmen-Böhlitz, 5. Anschluß Röcknitz (Röcknitzer Quarzporphyrwerk und Hohburger Quarzporphyrwerk in Röcknitz), 6. Zscheva-Hohburg, 7. Lüptitz, 8 Nischwitz, 9. Wurzen

---

Sangerhausen. Vorsicht mit Blitzlicht. Ein höchst betrüblicher Vorfall, der sich in diesen Tagen hier ereignet hat, mahnt zur Vorsicht mit Blitzlichtkörpern. Eine junge Dame wollte eine photographische Aufnahme mit Blitzlicht machen. Aus irgendeinem Grunde funktionierte der Körper nicht gleich; bei dem Versuch, den angebrannten Körper dennoch zum Leuchten zu bringen, entstand eine stark auspuffende Flamme, die der Dame ins Gesicht schlug. Instinktiv hielt sie die Hand vor die Augen, dem verdankt sie vielleicht die Rettung ihres Augenlichtes, die Hand aber hat sie sich schwer verbrannt

Cölleda (Kreis Eckartsberga). Zuchthaus wegen Amtsunterschlagung. Der Steuerassistent Otto **Reinhardt**, der beim Finanzamt in Cölleda angestellt war, kam mit seinen 400 Mark Monatseinkommen nicht aus (er war früher Offizier gewesen) und hatte deshalb nach eigener Angabe nahezu 25000 Mark durch Ausstellung falscher Belege veruntreut. Für das unterschlagene Geld hatte er eine Wohnungseinrichtung und ein Automobil gekauft. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Zwei Monate der Untersuchungshaft und die Geldstrafe kommen in Abrechnung.

Cölleda Fleischvergiftung. Nach dem Genusse von Fleisch erkrankte die Ehefrau Blanke und deren drei Kinder. Insbesondere stellten sich bei den Kindern nach etwa zwei Tagen ernstere Krankheitserscheinungen ein. Dem Arzt gelang es noch zur rechten Zeit, den Kindern ein wirksames Brechmittel zu geben. Der Zustand der Kranken hat sich inzwischen wesentlich gebessert

Eilenburg. Mitgliederversammlung der SPD. Der erste Punkt der Tagesordnung brachte einen Vortrag des Genossen **Laumann** (Leipzig) über das Thema „Der italienische Fascismus“. In einstündigen Ausführungen behandelte der Referent die Fragen: 1. Unter welchem System ist der Fascismus möglich? 2. Gibt es in Deutschland eine fascistische Gefahr? **Bei der ersten Frage zeigte der Redner, wie der Fascismus in Italien entstanden ist.** Bei der zweiten Frage kam der Redner zu dem Schluß, daß ein fascistisches Gebilde in Deutschland wohl 1923 möglich war, **aber heute absolut keine Gefahr mehr vorhanden ist.** Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Den Bericht über die Unterbezirkskonferenz Delitzsch-Torgau gab Genosse **Rohne**. Hieran schloß sich eine sehr lange Debatte. In den Unterbezirksvorstand wurden die Genossen **Zschauer** und **Zinnitz** gewählt.

Torgau Schwurgericht. Der erste Tag der Schwurgerichtsperiode hatte den Händler M. aus Dommitzsch auf die Anklagebank gebracht. Er wird beschuldigt, im Jahre 1925 ein Vermögensverzeichnis beschworen zu haben, wo er wußte, daß erhebliche Vermögenswerte vorher abtransportiert worden sind. Die Beweisaufnahme ergab den sicheren Schuldbeweis. Der Angeklagte wurde wegen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Nach Verbüßung von 6 Monaten wird ihm bei guter Führung Bewährungsfrist gegeben.

Torgau. Jahrmarkt. Der diesmalige Frühjahrsmarkt ist von bestem Wetter begünstigt (was selten der Fall war), und es scheint sich ein reges Leben zu entwickeln. Die Zahl der Aussteller und Verkäufer ist gegenüber dem letzten Herbstmarkt etwas zurückgeblieben, danach wird man auch die Kauffreudigkeit zu bewerten haben.

Torgau. Schnell gefaßt wurde ein jugendlicher Ausreißer von 13 Jahren in Eilenburg. Derselbe verließ die elterliche Wohnung hierselbst unter Mitnahme fremder Gelder. Diese wird freilich die Mutter zu decken haben.

Liebenwerda. Der Konflikt Stahlhelm-Kreisblatt. Der unmögliche Bezirksgruppenführer Kuhlow. Der Konflikt Stahlhelm-Kreisblatt ist insofern in ein interessantes Stadium getreten, als der Stahlhelm in großer Aufmachung in sämtlichen Zeitungen des Kreises mit Ausnahme des Kreisblattes eine Erklärung veröffentlicht, in der zunächst die langweilige Hetze gegen das Reichsbanner fortgesetzt und der Bezirksgruppenführer Kuhlow gegen den Angriff des Kreisblattes aus Anlaß der Korodi-Versammlung in Schutz genommen wird. Bekanntlich hatte das Kreisblatt ungewöhnlich heftige Kritik an dem Verhalten des Herrn Kuhlow zum Kreisblatt geübt und jede Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm abgelehnt, solange Kuhlow dessen Führer sei. In der neuen Erklärung des Stahlhelm wird dem Kreisblatt der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gegenüber den nationalen „Belangen“ gemacht und was mehr dieser abgedroschenen Redensarten aus dem Lexikon des Stahlhelm sind. Ohne Zweifel ist diese Erklärung auf die Initiative des gekränkten Herrn Kuhlow zurückzuführen, den scheinbar eine unzähmbare Sucht leitet, sich und den Stahlhelm unmöglich zu machen, soweit ihm das durch seine bisher an der Spitze des Stahlhelm bewiesene Unfähigkeit noch nicht gelungen sein sollte. Herr Kuhlow hat den Stahlhelm, der hier einmal nicht ohne Bedeutung war, heute bis zur vollkommenen Bedeutungslosigkeit heruntergewirtschaftet. Er hat, was wohl einzig dastehen dürfte, durch sein arrogantes Auftreten und die taktlose Art seiner Aeußerungen nicht nur die Sympathien des Bürgertums gegenüber dem Stahlhelm vollkommen vertan, sondern auch das gewiß nicht linksstehende Kreisblatt gegen den Stahlhelm aufgebracht. Der Stahlhelm steht nun vor der für ihn gewiß peinlichen Alternative, entweder Herrn Kuhlow fallen zu lassen, oder ihn zu halten. Die Verwirrung, die durch die vollkommen verfahrene Lage in den zusammengeschmolzenen Reihen des Stahlhelm Platz gegriffen hat, ist unbeschreiblich. Die Stimmung der Mitglieder ist natürlich für eine Beseitigung dieses unfähigen Menschen, aber es wäre das erstemal, daß im Stahlhelm die gesündere Meinung der Mitglieder gegen den bornierten Dünkel einer engstirnigen Führerkaste aufkäme. Es ist ein Bild für Götter und ein erheiterndes Schauspiel für die Republikaner: Diese Jämmerlichkeit und katastrophale Ungeschicklichkeit, diese Totengräberpolitik und Ratlosigkeit, die ihren Ausdruck in dem Namen „Bezirksgruppenführer Kuhlow“ findet und typisch ist für das, was im Stahlhelm Führertum heißt. Und diese Sorte Führertum wollte einmal das Vaterland erlösen! — Heute sehen wir nun, was die geschichtliche Aufgabe des Stahlhelm war: Eine Demonstration der politischen Unvernunft größten Stils, die dazu gedient hat, das deutsche Volk in zunehmendem Maße vom nationalistischen Wahn zu befreien und den republikanischen Staat im Volksbewußtsein zu verankern. Durch sein „Führertum“ dazu mitgeholfen zu haben, ist das Verdienst des Herrn Kuhlow.

Mühlberg. Paragraph 218. Vor dem großen Schöffengericht in Torgau hatten sich am Freitag mehrere Arbeiterfrauen von hier wegen Vergehen gegen den berüchtigten Abtreibungsparagraphen zu verantworten. Außerdem war der Rechtskonsulent St. und seine Wirtschafterin mitangeklagt. Eine Angeklagte erhielt, weil ein umfassendes Geständnis vorlag, keine Strafe. Die übrigen Frauen kamen für den Versuch der Abtreibung mit zwei Monaten Gefängnis davon, wovon eine Woche Haft als verbüßt gilt. Außerdem erhielten sie Bewährungsfrist zugebilligt. St. wurde zu sechs Monaten Gefängnis, seine Wirtschafterin wegen Verabfolgung von Medizin zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wie lange wird dieser unheilvolle Paragraph noch Opfer fordern?

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 8. März 1927.

Mit Rot Front zum Sturm auf das Gewerkschaftskartell!

Unter dieser Parole hatten die Jünger Moskaus ihre Schäfchen zusammengetrommelt, um den Vorstand des Gewerkschaftskartells zu stürzen. Mochte auf dem Parteitag der KPD. in Essen der Oberbonze Dengel das vernichtende Urteil über seine Nachläufer in den Worten ausgedrückt haben: „Blendwerk nach außen, aber keine Arbeit“, was schert das die Kommunisten in Merseburg. Mit etwas Krach vermischt, glaubte Hirsemann das Blendwerk zu vollbringen. Wenn aber unsere Genossen immer so fest ihre Meinung zum Ausdruck bringen wie am Freitag in der Kartellsitzung, dann wird auch den blödesten Kommunisten klar werden, daß so die Einheitsfront nicht hergestellt wird.

Schon bei Beginn der Sitzung gab der Kommunist **Hübner** zu verstehen, daß er an diesem Abend den großen Schlag führen werde. Nach der Mitteilung des Vorsitzenden **Wenscheck**, daß die Delegiertenzahl nur nach den geleisteten Beiträgen im 4. Quartal zugeteilt werden könne, erhob sich bei der KPD. ein großer Lärm. Ihr Motto lautet doch: Wenig Beiträge zahlen, aber recht viel Krach machen. Die Abstimmung ergab aber, daß neun Zehntel für die Auffassung des Kartellvorstandes stimmten und nur ein Zehntel für die KPD. Damit waren die Schiebungen der KPD.-Fraktion vereitelt, zumal noch bekannt wurde, daß die Vorsitzenden des Lederarbeiterverbandes und des Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes ihre Delegierten selbst bestimmt hatten, ohne statutarisch den Vorstand oder die Versammlungen zu fragen. Einer der KPD.-Helden soll sogar im Stahlhelm Mitglied sein. Eine derartig gemischte Gesellschaft versuchte der Eisenbahnbeamte **Hübner** zu retten, indem er immerzu Krach schlug und die Durchführung der Tagesordnung zu stören versuchte.

In dem Tumult gab der Vorsitzende **Wenscheck** den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß im vergangenen Jahre die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften um 25 Prozent gestiegen ist. Vor dem OVA, dem Gewerbe- und dem Amtsgericht wurden zum Nutzen der Mitglieder verschiedene Klagen durchgefochten. Doch Hübner konnte sich nicht beruhigen über die Niederlage, und in dem allgemeinen Tumult, da auch in der Zwischenzeit noch der Kommandeur der KPD.-Zelle **Hirsemann** geholt war, gingen die Ausführungen Wenschecks unter. Obwohl Hirsemann nicht eingeladen war, auch kein Recht hatte, in der Kartellsitzung zu reden, stürzte er sich in das Gewühl, worauf ihm der Vorsitzende das Wort entzog und das Lokal verwies. Kraftstrotzend erklärte Hirsemann, er weiche nur der rohen Gewalt. Erst als der Wirt erklärte, daß er dann das Ueberfallkommando holen müsse, war der Mut der Weltrevolutionäre vorbei; schon das Wort genügte, und alles war still.

Da aber an eine Durchführung der Tagesordnung nicht gedacht werden konnte, hob der Vorsitzende die Sitzung auf. Wenn auch die Kommunisten hinterher beschlossen haben, in der nächsten Sitzung es genau wieder so zu machen, dann liegt es an unseren Genossen, diesem Rüpeltum zu zeigen, daß die Gewerkschaftler Merseburgs nicht mehr gewillt sind, sich vor ihm zu beugen. Deshalb alle Mann in die Versammlungen der Gewerkschaften und die Rüpel zur Rede gestellt, damit ihnen die Lust an weiterem Radau vergeht.

Gemeindevertreterkonferenz in Lützen.

Die am Sonntag, dem 6. März, in Lützen tagende Gemeindevertreterkonferenz für die Ortschaften um Lützen der sozialistischen Gemeindevertreter bewies schon rein äußerlich an dem zahlreichen Besuch die Notwendigkeit derartiger Veranstaltungen. Das **Wohnungsbauproblem**, eines der aktuellsten Themen der Gegenwart, behandelten die Genossen **Petzold** (Schkeuditz) und **Kämpf** (Merseburg). Der Vortrag des Genossen **Petzold** „Unsere Erfahrungen vom Bau in eigener Regie“, sowie der Vortrag des Genossen **Kämpf** „Wie finanzieren wir den Kleinwohnungsbau“ fanden reges Interesse der Anwesenden. Aus den Vorträgen sowie aus dem regen Meinungsaustausch der Erfahrungen der Vertreter der verschiedensten Ortschaften ist es jedem möglich gewesen, seine Kenntnisse zu erweitern. Besonders verdiente hervorgehoben zu werden, daß Ortschaften mit Arbeitermehrheiten außer vielen anderen Vergünstigungen die niedrigsten Preise für Baugelände aufzuweisen hatten. Einstimmige Annahme fand nachstehende **Resolution:**

„Die am 6. März 1927 im „Bürgergarten“ zu Lützen tagende sozialistische Gemeindevertreterkonferenz ersucht den Kreisausschuß, auf die Sparkassen Schkeuditz, Lützen und die Kreissparkasse Merseburg einzuwirken, daß Baulustigen der ihnen bewilligte Betrag der Hauszinssteuer vorschußweise zu dem jeweiligen Zinsfuße der Hauszinssteuerhypotheken bei Beginn des Baues zur Verfügung zu stellen ist. Barzahlungen finden nicht statt. Rechnungen bis zur Höhe des Betrages der Hauszinssteuerhypotheken werden von den Sparkassen beglichen. Des weiteren soll versucht werden auf die Gemeindeverwaltungen einzuwirken, bei ordnungsmäßig finanziell fundierten Bauvorhaben die in Frage kommenden Bürgschaften zu übernehmen.“

Mit dem Wunsche, im nächsten Vierteljahr eine derartige Konferenz mit dem Thema „Fürsorge“ in Lützen abzuhalten fand die anregend verlaufene Veranstaltung ihr Ende.

Groß-Corbetha. Schulhausneubau. Um über das Projekt des Schulhausneubaues Beschluß zu fassen, wurde unter Vorsitz des Landrats Zimmermann (Weißenfels) eine Versammlung abgehalten, an der die Vertreter der Regierung und der übrigen Behörden teilnahmen. Nach den vorausgegangenen allgemeinen Besprechungen wurde einstimmig beschlossen, eine sechsklassige Schule mit Rektorzimmer, Konferenz- und Lehrmittelraum nebst Hausmannswohnung und vier Lehrerwohnungen zu bauen. Die Kosten des Baues wurden mit 180000 Mk. veranschlagt.

Balgstädt. Neuer Gemeindevorsteher. Für den bisherigen Gemeindevorsteher Gustav Beyer, der sein Amt niedergelegt hatte, wurde der Kupferschmied Ernst Jügler gewählt. — Den bisherigen Gemeindevorsteher wählte man zum 1. Schöppen.

Meuselwitz. Durch Kohlen verschüttet. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf dem Herzog-Ernst-Schacht bei Oberlödla. Der Steiger Albert Tornak und der Häuer Emil Pochert wurden beim Aufzimmern einer alten Doppelbahnstrecke durch hereinbrechende Kohlen verschüttet. Während es gelang, den Häuer Pochert mit leichteren Verletzungen lebend zu bergen, konnte der Steiger Tornak erst nach 4½ stündiger angestrengter Arbeit geborgen werden. Der Tod war aber bereits eingetreten. Der Verunglückte ist unter den Kohlenmassen erstickt.

Mansfelder Lande.

Unterteutschenthal. Das verhängnisvolle Huhn. Hier stürzte ein Bäckermeister aus Wansleben so unglücklich vom Fahrrade, daß er sich den Oberarm auskugelte und sofort nach Halle geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß ein Huhn dicht vor dem Radfahrer über die Straße lief und der Fahrer seinen Schäferhund an der Leine hatte, so daß er sein Rad nicht in der Gewalt hatte und ausbiegen konnte.

Oberröblingen. Ein großes Schadenfeuer ist am Sonnabendmittag durch das tatkräftige Zufassen der Werksfeuerwehr auf Grube „Kupferhammer“ verhütet worden. In der Teerschwelerei brach nachts ein Dachstuhlbrand aus. Durch die Wachsamkeit des Grubenpersonals konnte die Gefahr im Keime erstickt werden, so daß die durch die Werkssirene alarmierten Feuerwehren der umliegenden Orte nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchten.

Sport und Spiel.

Meisterschaftsspiele im ATSB.

Zwischenrunde um die Süddeutsche Meisterschaft.

Im Zwischenrundenspiel um die Süddeutsche Meisterschaft trafen sich am Sonntag in Mannheim Nürnberg-West (Meister des 7. Kreises) und ASV. Hagsfeld (Meister des 10. Kreises). Mit 5:2 (0:2), Ecken 5:4 ging Nürnberg als Sieger aus dem Treffen hervor.

Um die Nordwestdeutsche Fußballmeisterschaft.

Im ersten Verbandsspiel um die Nordwestdeutsche Fußballmeisterschaft standen sich am Sonntag in Solingen vor rund 3000 Zuschauern die Meister des 6. und 13. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes: Düsseldorf-Gerresheim und „Eintracht“ Kassel gegenüber. Die Düsseldorfer führten das technisch bei weitem bessere Spiel vor, vermochten es jedoch infolge mangelhaften Schußvermögens und außerordentlich guten Abwehrspiels der Kasseler zahlenmäßig nicht auszuwerten. Das einzige Tor des Spieles, das den Düsseldorfern die Berechtigung zur Teilnahme am Endspiel brachte, fiel sieben Minuten vor Schluß durch glänzend eingeköpften Eckball. Beide Mannschaften vermochten je einen Elfmeter nicht zu verwandeln.

Pressevertreterkonferenz.

Die Presseverantwortlichen der Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatten sich am 5. März zu einer Aussprache in Leipzig zusammengefunden, um mit der Bundesleitung die Ansichten über die Neuorganisierung der Bundespresse und die Errichtung eines Bundespressedienstes auszutauschen. Da diese Vereinigung von Pressesachverständigen jedoch keine bundesgesetzliche Unterlage hat, wurden die geäußerten Wünsche lediglich dem Bundesvorstand zur Durchführung zugeleitet. In Referaten über „Bundes- und Kreispresse“, „Arbeiterpresse und Pressedienst“, „Berichterstattung und bürgerliche Presse“ und in einer sehr sachlichen und inhaltsreichen Aussprache wurde die Stellung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zur Presse eingehend behandelt. Als Ergebnis wurden folgende Feststellungen getroffen und Wünsche ausgesprochen: Die Schaffung eines Einheitsorgans des Bundes für alle Sparten wurde als das idealste Ziel hingestellt, gleichzeitig aber zugegeben, daß eine Durchführung gegenwärtig noch nicht in Frage kommen kann. Ferner wurden gewünscht die Herausgabe eines vier- bis sechzehnseitigen Bundesspiegels als Beilage der jetzt bestehenden Bundeszeitungen, in dem die organisatorischen, theoretischen und technischen Artikel und Berichte, soweit sie die Allgemeinheit des Bundes angehen, sowie sämtliche Bekanntmachungen des Bundesvorstandes und der Bundesschule enthalten sein sollen; achttägiges Erscheinen der Arbeiter-Turnzeitung. Alle Kreise haben einen Presseobmann zu bestimmen, der für alle Presseangelegenheiten des Kreises tätig und verantwortlich, sowie Träger aller Nachrichten des vom Bunde zu errichtenden Bundespressedienstes ist. Der internationale Pressedienst muß der Internationale verantwortlich unterstehen und ist zweckmäßig dem größten Verbande der Internationale anzugliedern. Die Berichterstattung über bürgerliche Veranstaltungen soll nur unter dem Gesichtspunkt der Arbeitersportidee und kritisch erfolgen. Verlangt wurde schließlich die Einrichtung eines Bilderdienstes für den Rotationsdruck der Arbeiterpresse.

Der Bundespressedienst soll erreichen, daß über das gesamte Bundesgebiet eine einheitliche Berichterstattung aufgezogen wird, die ihren Rückhalt in den Berichterstatterzentralen der Kreise und Bezirke hat. Von den Kreiszentralen soll die Berichterstattung auf schnellstem Wege an die Bundespressestelle und von dort an die Tagespresse des In- und Auslandes erfolgen.

Arbeitersportkartell Ammendorf.

Am Sonnabend, dem 12. März, abends 8 Uhr, findet in Ammendorf, Gasthaus „Deutsche Eiche“, eine außerordentliche Sportkartellsitzung mit wichtiger Tagesordnung statt.

J. A.: **Oskar Klage**, Schriftführer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0006

Gewerkschaftliches.

Wird die warnende Stimme gehört?

Berlin, 8. März. (Radiomeldung.)

Auf Grund des starken Widerstandes, den das Arbeitszeitnotgesetz innerhalb der Arbeiterschaft findet, nimmt man, wie das „Berliner Tageblatt" heute meldet, in parlamentarischen Kreisen an, daß die Reichsregierung ihren Entwurf wahrscheinlich zurückziehen wird. Auch die Volkspartei widerstrebt dem Gesetzentwurf vorläufig noch aus entgegengesetzten Gründen wie die Arbeitnehmerschaft. Sie wünscht die Frage der freiwilligen Mehrarbeit anders geregelt, als es in dem Gesetzentwurf der Fall ist.

Die christlichen Gewerkschaften gegen den Regierungsentwurf.

Berlin, 8. März. (Radiomeldung.)

In der heutigen Ausgabe der „Germania" wird eine Rede des Abg. Stegerwald veröffentlicht, die am Sonntag in Fulda in einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gehalten wurde. Stegerwald befaßte sich bei dieser Gelegenheit auch mit dem Arbeitszeitnotgesetz und führte u. a. aus: Im Reichstag herrscht Uebereinstimmung darüber, daß viele Unternehmer mit der gesetzlich zulässigen „freiwilligen" Mehrarbeit großen Mißbrauch getrieben haben. In einer Stunde, wo Deutschland zwei Millionen Arbeitslose zählt, die von der Allgemeinheit unterhalten werden müssen, gibt es Arbeitgeber, die Arbeiter und Angestellte bis zu 16 Stunden täglich, und zwar nicht nur an einzelnen Tagen beschäftigen. Wenn wir von der „freiwilligen" Mehrarbeit absehen, dann existieren gegenwärtig in Deutschland fünferlei Arbeitszeiten. Das dem Reichsrat vorgelegte Arbeitszeitnotgesetz geht sehr langsam an die Dinge heran. Trotzdem geht es vielen (auch im Zentrum! D. Red.) schon zuweit. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund geht es nicht weit genug. Seine dem Reichstag angehörigen Mitglieder werden dem Gesetz in dieser gegenwärtigen Fassung nicht zustimmen. Kein verantwortungsbewußter Führer im Deutschen Gewerkschaftsbund verlangt den schematischen Achtstundentag. Was aber erreicht werden muß, das ist, daß jetzt, wo zwei Millionen Arbeitslose auf der Straße stehen, im Arbeitsnotgesetz der freiwilligen Mehrarbeit und der willkürlichen Ueberstundenwirtschaft wirksam begegnet werden muß.

*

Die Rede Stegerwalds ist ein Symptom dafür, wie groß auch die Mißstimmung der christlichen Arbeiter gegen das Arbeitszeitnotgesetz ist. Die Rede zeigt aber andererseits, daß die christlichen Gewerkschaften zwar gegen das Arbeitszeitnotgesetz reden, aber keineswegs zu einem ernsthaften Kampf gegen dieses Gesetz entschlossen sind. Sie reden lediglich, während sie die freien Gewerkschaften handeln lassen.

Noch eine Absage.

Berlin, 8. März. (Radiomeldung.)

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat sich am Montag ebenfalls gegen das Arbeitszeitnotgesetz in der gegenwärtigen Form ausgesprochen.

Chemie- und Gummiarbeiter für Kündigung des Lohntarifs.

Eine Konferenz für die Arbeiterschaft der chemischen und der Gummi-Industrie Mitteldeutschlands, einberufen von der Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes, tagte am Sonntag in Halle. Gauleiter Schneider (Erfurt) referierte dort über die Kündigung des Lohnvertrages. Redner ging in seinem Referat auf den letzten Lohnabschluß im Jahre 1925 ein, wies chronologisch nach, daß die damalige Lohnerhöhung in den Kreisen der Arbeiterschaft nicht befriedigt hat. Wiederholt ist der Ruf laut geworden, der Lohnvertrag müsse gekündigt werden. Leider waren die Vorbedingungen zur Kündigung nicht gegeben. Daß dem so ist, liegt nicht an der Organisation, sondern ist auf andere Dinge zurückzuführen. Die Tarifkommission hat in einigen Sitzungen zu der Tarifkündigung Stellung genommen und beschlossen, der demnächst stattfindenden Konferenz zu empfehlen, den Lohnvertrag für beide Industrien, Chemie und Gummi, zum Ende März 1927 zu kündigen. An dieser Stelle sei nochmals gesagt: Wir lassen uns nicht von Außenstehenden („Klassenkampf") Vorschriften über unsere Taktik bei Lohnbewegungen und deren Durchführung machen, sondern prüfen ernstlich selbst, was im Interesse unserer Mitglieder liegt. Zum Schluß beantragte der Redner im Auftrage der Tarifkommission die Vollmacht der Konferenz, den Lohnvertrag für beide Industrien zum Ende März zu kündigen.

An der Diskussion beteiligte sich eine Anzahl Delegierter. Ein Antrag der Vertrauensmänner des Leunawerkes wurde in seinem ersten Teil von den Antragstellern zurückgezogen, in seinem zweiten Teil gegen 17 Stimmen abgelehnt. **Bemerkenswert ist, daß kein Delegierter es unternahm, die Schreibweise des „Klassenkampf" gegen die Gewerkschaften gutzuheißen.**

Zwei Entschließungen wurden einstimmig angenommen. — In der ersten Entschließung wird gefordert, daß die Reichsregierung den Forderungen des ADGB. auf Einführung des Achtstundentages endlich Rechnung trägt. In der chemischen Großindustrie müßte es möglich sein, den Sechsstundentag einzuführen, zumal tausende Arbeiter aus den entferntesten Gegenden herangeholt werden und bis 14 Stunden täglich und mehr auf den Beinen sein müssen, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie müsse aber aktiv an dem Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit teilnehmen. Dies geschieht, wenn jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sich seiner Gewerkschaft anschließt.

Die zweite Entschließung, die erneut der Tarifkommission das Vertrauen ausspricht, lautet: „Die Branchenkonferenz für die chemische und die Gummi-Industrie stimmt der von der Tarifkommission empfohlenen Kündigung der Lohnverträge für Ende März zu und beauftragt seine Unterhändler, im Sinne ihrer bisherigen Tätigkeit zu wirken."

Kundgebung des DLV. zur Rationalisierung

Im Gefolge der Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes des Gaues Halle fand am Montag im „Wintergarten" in Halle eine Kundgebung des Deutschen Landarbeiterverbands zur Frage der Rationalisierung in der Landwirtschaft statt. An dieser Veranstaltung nahmen die Delegierten des Verbandes und eine Anzahl geladener Gäste aus den Kreisen der Behörden, der Wissenschaft, der Arbeitgeber u. a. teil.

Zuerst hielt Professor Seedorf (Göttingen) einen Vortrag über „Landarbeitsforschungen und Landwirtschaftslehre". Er behandelte vor allem den Unterschied, der zwischen der deutschen Landwirtschaftsproduktion und der ausländischen besteht, der vornehmlich seinen Grund darin hat, daß das Ausland, namentlich Amerika, über unverbrauchten Boden verfügt, während in Deutschland nur noch mit Kunstdüngung günstige Erträge erzielt werden können. Durch Anwendung rationeller Arbeitsmethoden und geistig und körperlich geschulter Arbeiter lassen sich aber auch bei uns höhere Ergebnisse erzielen.

In ähnlicher Weise beschäftigte sich Direktor Kühle (Quedlinburg) mit der Frage der Auswahl des Saatgutes und der Standardisierung in der Landwirtschaft. Sein Referat zeigte stark den Arbeitgeberstandpunkt auf, weshalb es teilweisen Widerspruch fand.

Die Stellung der Landarbeiterschaft zu den aufgeworfenen Fragen präzisierte dann der Vorsitzende des DLV., Georg Schmidt (Berlin), der zum Ausdruck brachte, daß alle Rationalisierungen bisher auf dem Rücken der Arbeiterschaft durchgeführt worden seien. Die Landwirtschaft erhebe oft Notschreie, man vermisse aber dabei die Erwähnung der beispiellosen Notlage der Landarbeiterschaft. Wenn rationalisiert werde, was die Landarbeiterschaft durchaus anerkenne, dann dürfe aber die Lebenshaltung der Landarbeiterschaft nicht darunter leiden. Die „Landflucht" werde nur bekämpft durch Gewährung auskömmlicher Entlohnung an die deutsche Landarbeiterschaft.

Zuletzt beleuchtete Tarifamtsvorstandsmitglied Hille (Halle) noch die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiterschaft unter Berücksichtigung des schreienden Wohnungselends, der Polenfrage und der mangelnden Bildungseinrichtungen für die Landproletarier. Er forderte neben Behebung der Notlage im Wohnungswesen die Einrichtung von Bildungskursen für Landarbeiter, Fortbildungsschulen usw.

Mitteldeutsche Gaukonferenz des ZdA.

Die 7. ordentliche Gaukonferenz des Zentralverbandes der Angestellten, Gau Mitteldeutschland, fand am 5. und 6. März in Magdeburg statt. Die Konferenz war außerordentlich stark von den Ortsgruppen beschickt. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen der befreundeten Organisationen erstattete der Gauleiter Kübler (Halle) den Geschäftsbericht. Er konnte die erfreuliche Tatsache feststellen, daß die Mitgliederbewegung nach vollzogener Stabilisierung sich in steter Aufwärtsentwicklung befindet. Bei allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen war die Organisation bemüht, die Interessen der Angestellten zu vertreten; es müsse nur verlangt werden, daß die Ortsgruppenleitungen noch mehr als bisher darauf achten, daß die für die Angestellten geschaffenen Arbeitnehmerschutzgesetze nicht umgangen werden. Die aufwärtsstrebende Entwicklung der Organisation schaffe die Hoffnung, in der Zukunft einen noch größeren Druck zum Wohle der Angestellten ausüben zu können. Die kommenden Wochen sollen benutzt werden, die Gehälter den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Zur Hebung der notwendigen lebendigen Gewerkschaftsarbeit werde die Gauleitung nach wie vor die Abhaltung von Fachgruppenkonferenzen fördern. Mit der Aufforderung an alle Verbandsfunktionäre, weiter sich in den Dienst der Organisation zu stellen, schloß der Bericht, über den eine Aussprache nicht gewünscht wurde.

Die Hauptaufgabe der Gaukonferenz war, zu den vom Verbandsvorstand und Beirat beschlossenen Satzungsänderungen, die sich auf Grund der im Verband durchgeführten und noch durchzuführenden Reorganisation notwendig machen, Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat dazu hielt Schröder vom Verbandsvorstand. Die Aussprache hierüber war sehr rege und verdichtete sich zum Schluß zu mehreren von den Ortsgruppen gestellten und von der Konferenz angenommenen Anträgen, die dem Verbandstag übermittelt werden. Die Aussprache war getragen von dem Gedanken, daß jeder einzelne das Beste für die Organisation will.

Die ehrenamtliche Gauleitung wurde wiedergewählt, ebenso wurde das bisherige Beiratsmitglied Muth (Magdeburg) wieder vorgeschlagen. Die von den Gaufachgruppen in den Konferenzen gewählten Leitungen wurden bestätigt. Zum Verbandstag in Köln wurden außer dem Vertreter von Magdeburg, der in einem selbständigen Wahlkreise gewählt wird, die Kollegen Deininger (Halle), Duldhardt (Wolmirstedt) und Eberhard (Dessau) delegiert. Kü.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek: für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp: für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht: für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Harz 42/44.

Da gehöre ich hinein!

wenn Sie preiswert eine gute, nahrhafte Erbsensuppe auf den Mittagstisch stellen wollen. Ich muß ohne jede Zutaten nur 20 Minuten in Wasser gekocht werden und bin in Portionen zu je 1 Teller eingeteilt.

Knorr Erbswurst

und andere Suppen in Wurstform, wie Spargel, Reis mit Tomaten, Ochsenschwanz, Eiernudeln usw.

Alfred Koch
Landwehrstr. 7.
Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Reparatur-Werkstatt.

Fertige Ihnen
für 29 Mk.
inkl. Zutat. u. Anprobe modernen Anzug oder Mantel nach gen.
Maß
aus mitgebr. Stoff.
Guter Sitz wird garantiert.
M. Ehrlich,
Gr. Ulrichstr. 18 II
1126

Suche für meine kleine Landwirtschaft **einen Knecht** von 17 bis 20 Jahr., der zuverläss. u. ehrl. sein muß u. mit Pferd. umgehen kann. **Wilh. Benseler,** Forsthaus Nesselröder-Warte, Kreis Duderstadt (Hann.). Telephon Rittmarshaus. Nr. 14.

Gute Reklame
durch inserieren
bringt
Gute Geschäfte

Amtliche Bekanntmachungen

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am Städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle.

Bezahlt wurden Montag, den 7. März 1927:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark			Gefrierfleisch
	1. höchster Preis	2. niedrigst. Preis	3. häufigster Preis	
Ochsen	91	80	85	50—54
Bullen	92	80	88	
Kühe	91	50	85	
Jungrinder	95	90	90	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	105	95	100	
Lämmer u. Masthammel	100	98	98	
Schafe	95	60	90	
Schweine einschl. Mittel u. Geschlinge	82	77	80	

Ausgesuchte Posten aller Arten über Notiz.

Arbeitsgerichtsgesetz
vom 23. Dezember 1926
Textausgabe mit Einleitung von
Friedrich Kleeis.
Preis 60 Pfennig

Das Arbeitsgericht
Ratgeber für Beisitzer und Rechtsuchende von
Friedrich Kleeis.
Preis 60 Pfennig

Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

Ehrenerklärung.

Die gegen den Telegraphenbeamt., Herrn Paul Meinicke, Am Bergmannstrost 32, ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück. **E. Ofenroth,** Pfännerhöhe 25.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0007

Blatt der Frau.

Das linkshändige Kind.

Viele Kinder gelten als ungeschickt, weil niemand erkannt hat, daß sie Linkshänder sind. Die Kinder selbst sehen, daß sie hinter den anderen in ihren Leistungen zurückstehen, und das Gefühl ihrer Untüchtigkeit verstärkt ihre Unbeholfenheit. Manche Begabungen verkümmern, und die Kinder wachsen zu unbefriedigten und unfrohen Menschen heran. Aufmerksame Mütter aber könnten hier viel verhindern und den Lehrer, später vielleicht auch den Lehrmeister, auf die Veranlagung hinweisen.

Bis etwa zum Schulbeginn bevorzugen die meisten Kinder weder die rechte noch die linke Hand. Der häufige Gebrauch der linken Hand veranlaßt ja gerade zu der ständigen Mahnung, „das schöne Händchen“ zu geben, den Löffel in die „richtige Hand“ zu nehmen usf. Man schätzt die Zahl der Menschen, die eine ausgesprochene Veranlagung zur Linkshändigkeit haben, auf etwa zehn von hundert, also einen nicht gar so kleinen Prozentsatz. Da sie jedoch immerhin in einer erheblichen Minderheit sind, so ist es selbstverständlich, daß man sich im Gemeinschaftsleben auf die stärkere Betonung der rechten Seite einigt, z. B. beim Ausweichen und Ueberholen, beim Bau von Werkzeugen und Maschinen, bei der Anbringung von Hausgerät, wie Türklinken, Griffen und dergleichen mehr. Nur begeht man den Fehler, über das praktisch Notwendige hinauszugehen und die Linkshänder auch dort gedankenlos zu vergewaltigen, wo es ganz gleichgültig ist, mit welcher Hand etwas getan wird. Man sollte beispielsweise das kleine Kind ruhig mit der linken Hand seine Perlen auf die Schnur ziehen lassen, wenn ihm das leichter fällt als mit der rechten Hand. Das Kind bekommt ohnehin noch genug Gelegenheit, die Rechte zu trainieren — schon allein durch den Zwang, in der Schule mit der rechten Hand schreiben zu müssen.

Auch wenn ein achtjähriges Mädchen immer noch am liebsten mit der linken Hand näht, sollte die Mutter es ruhig gewähren lassen. Vor allem muß sie darauf achten, daß das Kind, gleichviel mit welcher Hand, das Beste leistet, was es nach seiner Begabung leisten kann, und nicht das Gefühl bekommt, daß Linkshändigkeit ein Fehler ist, etwas, dessen man sich schämen müßte. Die Altersgenossen in der Schule und in der Lehrstelle pflegen mit ihren Hänseleien nicht zu sparen. In diesem Falle sollten die Eltern helfen, indem sie zu ihrem Kinde etwa sagen: „Laße sie nur hänseln! Wenn du mit deiner linken Hand etwas Ordentliches schaffst, so wirst du sie noch einmal alle beschämen!“ Nichts ist ja bei der Erziehung eines Kindes, das irgendwie von der Norm abweicht, so wichtig wie die Verhütung von Minderwertigkeitsgefühlen. Selbstvertrauen ist die Vorbedingung nicht nur für das seelische Wohlbefinden, sondern auch für die Entfaltung der Fähigkeiten, die in den einzelnen Menschen gelegt sind.

Damenhüte als Lichtsignal. Mit leuchtenden Farben bemalte Damenhüte sind die neueste Erscheinung in der englischen Hutmode. Man sieht in London hier und da schon solche mit kleinen Silberfiguren garnierte Hüte, die im Dunkeln phosphoreszieren. Mit geringen Mitteln und ohne große Mühe ist es einer zeichnerisch begabten Dame dadurch ermöglicht, ihren alten Hut zu modernisieren und gleichzeitig das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, da diese leuchtenden Hüte in der Nacht und bei Nebel ihre Trägerin sichtbar werden lassen, was zumal in London einen nicht zu unterschätzenden Vorteil im Straßenverkehr bildet. Man wählt neben kubistischen Zeichnungen als Hutschmuck Muster in Strichlinien, ägyptische Figuren oder Tiere, die in phosporeszierenden Farben auf den schwarzen Grund des Hutes gemalt werden. Für den Zweck, der hier in Frage kommt, handelt es sich weniger um eine fein ausgeführte Zeichnung als um scharfe Herausarbeitung des Umrisses.

Opfer der Kindesabtreibung.

25000 Frauen sterben jährlich an den Folgen der Schwangerschaftsunterbrechung

Wir fordern die Abschaffung des § 218, des Gesetzes, das die Frauen rechtlos über ihren Körper macht, die Frau zwingt, gegen ihren Willen zu gebären, und ihnen verbietet, Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen. Tausendmal sind schon die Gründe für die Abschaffung dieses mittelalterlich anmutenden Gesetzes aufgeführt worden, und immer wieder erhebt sich die Stimme des rechtdenkenden Mannes und der leidenden Frau gegen den § 218, um endlich der Frau das Recht über ihren Körper zu geben. Es wird uns deshalb niemand den Vorwurf machen, den § 218 zu entschuldigen und zu verteidigen, wenn wir selbst einmal auf Gefahren aufmerksam machen, die mit der Schwangerschaftsunterbrechung verbunden sind. Es gibt Kreise, die unter allen Umständen die Schwangerschaftsunterbrechung frei gelassen haben wollen, die fordern, daß jede Frau und jedes Mädchen das Recht haben, die Frucht abzutreiben, gleichgültig, ob soziale Gründe oder hygienische vorliegen, die nur allgemein das „Recht der Frau“ fordern!

Diese ganz Radikalen, die unbelehrbar sind und nicht einsehen können, daß auch die Schwangerschaftsunterbrechung von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein muß, nur durchgeführt werden darf bei ganz schwerwiegenden Fällen, wollen wir einmal die große Zahl der Frauen vorführen, die an den Folgen der Schwangerschaftsunterbrechung gestorben sind. Es ergibt sich die gewaltige Zahl von **25 000** Frauen, die alljährlich an den Folgen von nichtärztlichen und auch ärztlichen Eingriffen sterben, eine Zahl, die bald an die Opfer der Tuberkulose, 31 000, heranreicht.

Diese Zahl gibt uns zu denken. Wir werden nicht leichtfertig die Eingriffe fordern, wenn nicht dringende Gründe vorliegen, denn Leben und Tod der Frau hängt ab von dem Gelingen des Eingriffs.

Der bekannte Berliner Frauenarzt Prof. Dr. Liepmann stellte fest, daß operative Eingriffe häufiger gelingen als Unterbrechungen, die durch den normalen Geburtsweg vorgenommen werden. Ein Kaiserschnitt sei ungefährlicher als etwa die Gebärmutterbehandung durch den normalen Geburtsweg, da diese Behandlungsart viel häufiger zu Verletzungen der Gebärmutter und dadurch der Bauchhöhle führt.

Daß jede Schwangerschaftsunterbrechung gefährlich für die Mutter ist, nicht nur gefährlich wird durch Behandlung eines Kurpfuschers, einer „weisen Frau“, beweist die Zahl der Sterbefälle jener Frauen, die vom Arzt behandelt worden sind. Auch der ärztliche Eingriff kann noch für die Frau gefährlich werden, weil die inneren Organe der Frau, ihre Lagerung, zu gefährlichen Krankheitserscheinungen im Fall einer Unterbrechung der Schwangerschaft außerordentlich leicht neigen. Die Gefährlichkeit der Unterbrechung ist nicht nur eine Frage der Behandlung durch Kurpfuscher und Hebammen usw., sondern eine Frage der Behandlungstechnik, eine Frage der Natur der Frau und eine ausgesprochene medizinische Angelegenheit. Die 25 000 jährlich an den Folgen der Unterbrechung sterbenden Frauen müssen die schnellfertig die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung fordernden Frauen und Männer nicht nur vorsichtig, sondern weit mehr verantwortlicher machen gegenüber dem Leben der Frau.

Es sind nicht immer die leichtfertigen Aerzte, die einen Todesfall zu beklagen haben, nicht nur allein die Aerzte, die vielleicht gewissenlos die Frau behandeln, sondern auch gewissenhafte Aerzte, die mit aller Vorsicht behandeln, und doch nicht die schweren Folgen verhindern können, da die Gebärmutter zu gefährlich gelagert ist, und durch die Nähe der Bauchhöhle immer gefährlich bleibt.

Der § 218 muß abgeschafft werden, den Frauen das Recht über ihren eigenen Körper gegeben, alle gewissenlosen Eingriffe aber abgelehnt, nur durch Aerzte vorgenommen werden, und auch hier nur in den allerdringendsten Fällen, sofern soziale, eugenetische, hygienische Gründe usw. vorliegen. Jede Frau muß wissen, daß jede, aber auch jede Schwangerschaftsunterbrechung vom medizinischen Standpunkt aus immer einen sehr gefahrvollen Eingriff bedeutet, und das Leben der Frau gefährden kann. Die Zahl 25 000 belegt erschreckend genug diese Behauptung!

Die Schleppe.

Heute ist die Schleppe, die einst zu den merkwürdigsten Dingen der Kleidung gehört hat, aus dem Straßenbild verschwunden. Wir sehen sie zwar gelegentlich noch bei Hochzeiten und ähnlichen Festlichkeiten, aber nicht mehr als tägliche Erscheinung und notwendiges Bekleidungsstück. Heute ist der kurze Rock modern, und zu ihm paßt die Schleppe nicht. In den sechs Jahrhunderten ihres Bestehens hat sie manche Wandlungen durchgemacht, ist zeitweilig, wenn der Rock wieder kürzer wurde, aus der Außenwelt verschwunden und dann doch erneut in desto größerer Länge und Aufmachung wiedergekehrt.

Zuerst ist die Schleppe im 14. Jahrhundert in Frankreich Mode geworden. Von hier kam sie nach England und wurde hier in Schmähschriften heftig bekämpft, jedoch mit wenig Erfolg. Bald fand sie auch in Deutschland Eingang, und namentlich die prachtliebende Isabella von Bayern begünstigte ihre Einführung. Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts war die Schleppe so lang geworden, daß sich die vornehmen Damen ihre Schleppe von Dienern tragen ließen. Die ärmere Bevölkerung hat daran freilich keinen Anteil genommen. Für die Arbeiter- und Bauernfrauen kam die lange Schlepe nicht in Frage, und ihr Tragen wurde ihnen überdies ausdrücklich verboten. Bestimmungen dieser Art finden sich in den Kleiderordnungen, die dazumal von den Städten und Fürsten erlassen wurden.

Im 15., besonders aber im 16. Jahrhundert überboten sich die adligen Frauen in der Wahl von langen Schleppen. Sebastian Francke klagt in seiner um 1550 erschienenen „Geschichtsbibel“, daß Schleppen bis zu 5 und 6 Ellen Länge keine Seltenheit seien. Dagegen schritt dann die Obrigkeit mit „Aufwandgesetzen“ ein. So erließ der Rat der Stadt Ulm eine Verordnung, nach der es erlaubt war, eine Schleppe bis zu einer Elle Länge zu tragen, und in Sachsen kam etwa 1482 eine Verordnung heraus, nach der eine Schleppe bis zu zwei Ellen Länge gestattet war. Schlimmer war die Anordnung des Papstes Eugen IV., der den Franziskanern die Erlaubnis erteilte, den Frauen mit langen Schleppen die Absolution zu verweigern.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts, als reif- und glockenförmige Röcke getragen wurden, verschwand die Schleppe aus dem Straßenbilde und kam nur noch bei großen Festlichkeiten zur Geltung. Ein Jahrhundert später, als die Mode wiederum eine große Wandlung durchmachte, kam auch die Schleppe wieder auf, doch erlangte sie nicht mehr ihre frühere Bedeutung. Das 18. Jahrhundert kennt die Schleppe noch als wichtigen Bestandteil der Kleidung. In der folgenden Zeit erscheint sie nur noch als kurzer „Schwanz“, der leicht die Erde berührt, bis sie dann mit dem Aufkommen der kurzen Röcke ganz verschwunden ist.

Sif, das Weib, das den Mord beging.

[Von Fritz Reck-Malleczewen]

Copyright 1926 by Drei Masken Verlag A. G., München.

1] (Alle Rechte vorbehalten.)

Es gibt Berliner Straßen, die so finster und schaurig sind, als schaue man in die Mündung einer Kanone. Und so bar aller äußeren Ehren sind diese Straßen, daß diese Ehrlosigkeit selbst auf ihre Kirchen abfärbt, und daß es scheint, als werde hier ein besonderer, auf Formalitäten wenig Wert legender Gott verehrt.

Und so, wie diese titanische Stadt, heute darin schon dem Giganten Neuyork ähnlich, sich ein Slawen- und ein Chinesenviertel anzulegen beginnt, wie es in ihr ethnographisch und regional bedingte Laster, Umgangsformen und Speisekarten gibt: so zeugen auch die Kirchen dieser Stadt, die hier vornehm ist wie alter Brokat und dort gemein wie Preßkristall, von einem durch das jeweilige Stadtviertel geprägten Gottesbegriff.

Daß, wer die Hedwigskirche besucht, vornehm ist, wie ein Maltheserritter, hängt, da Katholiken hier nun einmal rar sind wie Thunfische im Wannsee, mit der Seltenheit der Konfession zunahmen.

Dafür aber gibt es höchst protestantische Kirchen mit vorwiegend weiblichen und adeligen Gemeinden, da steht ein jugendlicher Divisionspfarrer auf der Kanzel mit rosarot polierten Nägeln und weiß eigentlich selbst nicht genau, ob er nicht am Ende ein Gardeleutnant ist. Ist aber der Gott, von dem er spricht, nicht ein anderer als der, der etwa in der Lichtenberger Glaubenskirche verehrt wird?

Ich für mein Teil habe meine eigenen Gedanken über den Gott der im neuen Westen von Geheimen Regierungsbauräten zu schaurigen Gotteslästerungen aufgetürmten Monsterkirchen. Und selbst von dieser Behauptung will ich nicht zurückschrecken, daß Ehen, die etwa in der Parochialkirche geschlossen sind, anders verlaufen, als die aus der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche stammenden, wo die Brautpaare so vornehm sind, daß sie während der Trauung sitzen und wo auf der Orgelempore ein ausgekrähter Tenor singt: „Wo du hingehst, da will auch ich hingehn.“

Was dann durch den weiteren Verlauf dieser Ehen ja meistens dementiert wird. —

Was nun aber für ein Gott über der Ehe der kleinen Sif gewaltet hat, die an einem anerkannt scheußlichen Oktobersamstag des Jahres neunzehnhundertzweiundzwanzig in der Berliner Marienkirche mit dem kleinen Kunstmaler Robby getraut wurde: dies will ich lieber nicht untersuchen. Daß die Ritter unserer lieben Frau, die einst dieser Kirche den Namen gaben, über den Kurfürstendamm ritten, ist schon allzulange her. Und da steht nun der Dom, umbraust von dem fernen Donner der Lastautomobile und der irrsinnigen Klaviatur der Boschhörner . . . steht unzeitgemäß in diesem Berlin wie ein katholischer Märtyrer, der sich's einfallen ließe, mit seinen Folterwerkzeugen die Bar des Adlon-Hotels zu betreten.

Und so wollen wir denn auch lieber von dem alten gotischen Gott, der einst so eine Frauenhand durch die festgefügte kleine Welt leitete von Kindsbetten und Taufen und Sterben und viel Leid und spärlichen Freuden: nein, wir wollen von ihm lieber nicht sprechen. Und von dem anderen, der es zu lieben scheint, daß seine Geschöpfe tief in den Staub fallen und der eigentlich ein Gott der Menschenkinder mit zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus ist: von ihm lassen sich einstweilen nur solche höchst einfache Geschichten erzählen wie die dieser kleinen Lithographentochter, die an jenem anerkannt scheußlichen Oktobertage des Jahres neunzehnhundertzweiundzwanzig Robby heiratete.

Daß diese Heirat in der Marienkirche sich vollzog, obwohl sie eigentlich doch in den Westen gehört hätte, lag wohl daran, daß der Bräutigam als Kunstmaler für gotische Dome schwärmte. Und wenn es der abgelegenen Kirche zum Trotz eine ganz erstklassige Hochzeit war mit rotem Plüsch und Palmen, so war es eben eine erstklassige Familie, in die die kleine Sif heiratete . . . eine Familie mit Regierungsräten und Staatsanwälten; und selbstverständlich wollte eine solche Familie durch das Aeußere der Trauung allein es verdecken oder wiedergutmachen, daß ihr Robby eine kleine verwaiste Handwerkertochter heiratete, deren Vater von irgendwoher, von Schweden, vom Monde oder aus einem Märchen eingewandert war. —

Item: in dem Oktoberwind, unter den Bottichgüssen des Regens fahren die Kutschen auf. Und die Kutschen entleeren Majore a. D. und alte Justizrätinnen, die eigentlich wie freundliche Krokodille aussehen. Und alte hochbetitelte Roués steigen aus, Geheime Räte mit gesteigertem Blutdruck und Orden auf Blinddarm und Milz; Freunde des Bräutigams . . . Akademiejünglinge mit Weltanschauung und geliebenem Frack . . . Staatsanwalt Alexander, Lex genannt, Robbys Bruder, stattlicher Mann mit Hitlerbart unter der Nase und Peau d'Espagne im Taschentuch.

Und dann wieder Damen . . . Brautjungfern und alte Damen mit repräsentativen Staatsroben, deren Silberornamente sicherlich von einem erstklassigen Spezialisten für Flecktyphus und Masernausschlag entworfen sind.

Wie nun die kleine Sif, ohne zu ahnen, wie schön sie ist in ihrer herben Jungmädchenpracht . . . wie sie alle Gaffer glücklich passiert hat und das Innere betritt, da eben geschieht etwas höchst Seltsames: daß nämlich in dem Mittelgang, der doch sorgfältig freigehalten ist für den Brautzug, ein Mann steht, der sie allem Anschein nach nicht an sich vorüberlassen will.

Und seltsam ist, daß Robby den Mann gar nicht zu sehen scheint, und sehr seltsam ist dieses bartlose alte Gesicht mit den großen traurigen Augen, das gar nicht zu dem eigentlich knabenhaften Körper passen will. Und höchst sonderbar ist auch das Ding, das der Fremde da in der Hand schwenkt . . . eine Halskette oder ein Rosenkranz . . . und das allerseltsamste ist, daß er in dem gleichen Augenblick, wo Sif ihn ins Auge faßt, auch schon verschwunden ist.

Eine Sinnestäuschung also und nichts weiter! Sie geht tapfer geradeaus auf den Altar zu, geht über alte in die Fliesen eingelegte Grabsteine, deren Figuren wie Pfefferkuchenmänner aussehn, geht und ist durchaus entschlossen das alte traurige Gesicht des Nebelmannes zu vergessen. Aber dann eben setzt das volle Werk der Orgel ein, und halb ist das sehr schreckhaft wie die Posaune des Jüngsten Gerichtes, und halb wieder erinnert es sie an die Jahrmarktsmusik zu Schauerbildern, die sie als Kind gesehn: der Dampfer „Titanic“ geht unter mit händeringenden Menschen und funkenstiebenden Kaminen und grellen Scheinwerferbahnen . . . Raubmörder Sternickel beansprucht sechs Bilder mit türkischrot gemalten Blut- und Leberwursttragödien, und den armen Russen, die gerade in die masurischen Seen springen müssen, geht es auch gar nicht gut bei dieser schrecklichen Orgelmusik.

Und wenn die kleine Braut sich auch gleich erinnert, daß es höchst unpassend ist, mit solchen Erinnerungen vor den Tisch des Herrn zu treten, so muß sie sich doch schon in einer unerklärlichen Mattigkeit auf den Arm des staatsanwaltlichen Schwagers Lex stützen, der als Brautmarschall neben ihr geht. Und dann wieder ist es dieser süßliche Hauch, der aus den unterirdischen Geheimnissen der Domgrüfte kommen mag, und dann wieder diese allzu enge Hochzeitsrobe und endlich wieder die Erinnerung an den rätselhaften Menschen vorhin im Gang.

Noch kämpft sie tapfer mit dem Schwindel, der an ihr zerrt. Aber dann fällt ihr Blick gerade auf das Bild mit dem Totentanz, und da muß sie sehn, wie ein braunbeledertes Totengerippe gerade so eine kleine Sifbraut aus den Armen eines mittelalterlichen Robby reißt, und am Ende verfangen in den Gewölben oben sich diese schreckhaften Posaunen der Orgel und stürzen sich nieder in übermächtigen Tonkatarakten auf eine kleine aufgeregte Braut. Und plötzlich wird vor ihren Augen ein Chaos von Lichtern und Orgeltönen und rotem Plüsch und silberbestickten Krokodilen, und Tatsache ist es, daß auf dieser korrekten Trauung die Braut ohnmächtig vor dem Altar liegt.

Die Orgel bricht ab mit kläglichem Miauen, der Skandal ist fertig. Daliegend fühlt sie, wie jemand ihren Kopf tief lagert, wie eine Hand, die breite behaarte Hand eines Orang-Utan an ihrer Robe nestelt. Und nun kommt diese abscheuliche Hand, nun legt sie sich mit widerlicher Wärme auf ihr Fleisch, nun weht ein Gemisch von Peau d'Espagne und männlichem Begehren sie an . . . ein abscheulich geiler Hauch, der die Mumie einer Isispriesterin aus tausendjährigem Schlaf erwecken würde: neben der Furcht vor dem Skandal ist es eigentlich der Ekel vor diesem Brodem, der sie aufschreckt aus ihrer Ohnmacht. Als sie sich aufrichtet, erkennt sie, daß es ihr Schwager Lex gewesen ist, der sich da um sie bemüht hat.

Dann steht sie wieder an Robbys Seite und klammert sich an seinen Arm. Dann gibt es ein paar halblaute Worte zwischen Brautführer und dem Geistlichen, dann winkt der Geistliche dem Organisten zu wie ein mittelalterlicher Gerichtsherr dem Henker, dann fahren wieder durch die Gewölbe, über die Grüfte der verwehten Toten die Donner des Gerichtes: ein zwanzigjähriges schönes Geschöpf kämpft, da es auf einer erstklassigen Hochzeit keinen Skandal geben darf, ihre tödliche Schwäche nieder und verspricht dem kleinen Jungen an ihrer Seite, ihm treu zu sein, bis daß der Tod sie scheide.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270308-15/fragment/page=0008